

Europa in der Krise



SCHWERPUNKT:

Dieter Grimm im Interview:

„Solange das Grundgesetz in Kraft ist, könnte sich Deutschland an einer Verstaatlichung der EU nicht beteiligen.“

Wilfried Loth: Die Zukunft der EU in historischer Perspektive

Uwe Kranenpohl: Die ‚Grundrechtsunion‘ als Ausweg aus der Krise?

**Rainer Land:
Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen zerstören die Eurozone**

HINTERGRUND:

**Johannes Feest:
Israelkritik und Antisemitismusvorwurf**

**Heinz Bierbaum:
Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
– Durchbruch bei der Leiharbeit?**

Editorial 1

SCHWERPUNKT: EUROPA IN DER KRISE

Rosemarie Will

„Solange das Grundgesetz in Kraft ist, könnte sich Deutschland an einer Verstaatlichung der EU nicht beteiligen.“
Dieter Grimm zu Überkonstitutionalisierung, Demokratiedefiziten und Reformperspektiven der EU 5

Wilfried Loth

Nach der Krise: Die Zukunft der EU in historischer Perspektive 21

Hartmut Aden

Am Ende ist niemand verantwortlich? Krisen und Verantwortungsdiffusion im EU-Mehrebenensystem 31

Uwe Kranenpohl

Die ‚Grundrechtsunion‘ als Ausweg aus der Krise? Grundrechtsschutz zwischen EGMR, EuGH und nationalen Verfassungsgerichten . 41

Rainer Land

Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen zerstören die Eurozone und gefährden die EU (I) 51

Jörg Ukrow

Wer ist gegen Europa?
Analyse der Wahlen in der EU nach dem Brexit-Referendum 69

Tobias Peter

In der EU gegen die EU? Rechtsradikale und anti-europäische Parteien im Europäischen Parlament 81

Antonio López-Pina

Deutschland in, mit und für Europa. Ein europäischer Blick aus Spanien 93

Dokumentation

Vorschläge zur Reform der Europäischen Union 105

KOMMENTAR

Heinz Bierbaum

Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – Durchbruch bei der Leiharbeit? 114

HINTERGRUND

Johannes Feest

Israelkritik und Antisemitismusvorwurf. Veranstaltungsverbote als Problem der Meinungsfreiheit . . . 117

REZENSIONEN

Crome (Hrsg.): Ausgedient. Die Bundeswehr, die Meinungsfreiheit und die „Causa Rose“ (Martin Kutscha) 127

Editorial

Finanz- und Eurokrise, Griechenland-Schuldenkrise, Flüchtlingskrise, Brexit ... immer wieder wurde in den letzten Jahren diagnostiziert, die Europäische Union (EU) befinde sich in der Krise. Ob die jeweiligen Krisen wirklich so überraschend, dramatisch und existenziell waren, wie manche Beobachter/innen meinten, mag bezweifelt werden. Fest steht jedoch, dass die europäische Integration bei vielen Bürger/innen in eine Legitimationskrise geraten ist: für sie sind die Entscheidungen von Kommission und Europaparlament kaum nachvollziehbar, ist die EU gleichbedeutend mit Bürokratie und Lobbyismus. Derweil erhalten anti-europäische Bewegungen und Parteien erheblichen Zulauf, rechtspopulistische und nationalistische Gruppierungen steigerten ihren Einfluss im Europaparlament. Die vielbeschworene Wertegemeinschaft zeigt erkennbare Brüche, zahlreiche Mitglieder fremdeln untereinander. Der knappe Abstimmungssieg für den Brexit hat die Krise der EU verschärft. Wird der Brexit vollzogen, wird die europäische Integrationszone erstmals in ihrer 60jährigen Geschichte seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957 räumlich schrumpfen.

Aber welche Zusammenhänge gibt es zwischen den aktuellen Krisenphänomenen und der seit vielen Jahren artikulierten Kritik an der EU, die unter Stichworten wie Demokratiedefizit, Festung Europa oder neo-liberale Integration zusammengefasst werden kann? Mit dieser Frage befasst sich der Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe der *vorgänge*. Die Beiträge beleuchten die Defizite der EU aus verschiedenen Blickwinkeln, diskutieren staatsrechtliche, demokratische und ökonomische Ursachen für die Schwierigkeiten der EU. Und sie setzen sich mit den mittlerweile vorliegenden Vorschlägen zur Überwindung der Krise(n) auseinander. So legte die Europäische Kommission im März 2017 ihr „*Weißbuch zur Zukunft Europas*“¹ vor. Darin stellte sie als Reaktion auf den Brexit und die anderen Krisen der EU fünf verschiedene Szenarien zur Diskussion:

- (1) „Weiter wie bisher“,
- (2) „Schwerpunkt Binnenmarkt“,
- (3) „Wer mehr will, tut mehr“,
- (4) „Weniger, aber effizienter“ und
- (5) „Viel mehr gemeinsames Handeln“.

In einer Rede an der Pariser Sorbonne positionierte sich der französische Staatspräsident Emmanuel Macron am 26. September 2017. Er plädierte – ohne es explizit zu nennen – für Szenario 5: Denn er schlug viel mehr gemeinsames Handeln der europäischen Staaten vor, insbesondere auf Feldern wie Zuwanderung und Asyl, Klimaschutz, Terrorismus, Cybersicherheit und Militär. Auch forderte er einen gemeinsamen Haushalt für die Mitgliedstaaten der Eurozone. Schließlich hat der Kommissionspräsident

Jean-Claude Juncker in seiner jährlichen Rede zur Lage der Union seine Pläne zur Überwindung der Krise erläutert. Diese Vorschläge stellen wir in einer Dokumentation ab Seite 105 dieser Ausgabe kurz vor.

Den Themenschwerpunkt eröffnet ein Interview mit dem früheren Bundesverfassungsrichter *Dieter Grimm*. Er hat sich in den letzten Jahren mehrfach zu Fehlentwicklungen der EU geäußert, seine Aufsätze zum Thema erschienen kürzlich als Sammelband. Im Gespräch mit Rosemarie Will geht er auf die rechtspolitischen Ursachen für die manchmal technokratischen Züge der Union ein, setzt sich kritisch mit dem Verhältnis von europäischem und nationalem Recht sowie mit den Vorschlägen zur Stärkung des Europaparlaments als Überwindung der demokratischen Legitimationsdefizite auseinander. Grimm unterbreitet einen Gegenvorschlag, um die von ihm diagnostizierte Überkonstitutionalisierung der EU zu beenden; eine Idee, wie die von der EU geregelten Fragen repolitisiert werden könnten. Sein Vorschlag setzt jedoch eine Vertragsänderung voraus – was angesichts der divergierenden Vorstellungen unter den Mitgliedern wenig Aussicht auf Erfolg hat.

Der darauffolgende Beitrag von *Wilfried Loth* zeigt, dass der Brexit und die anderen EU-Krisen der letzten Jahre in einer Linie mit zahlreichen Krisen der europäischen Einigung stehen, die die Union seit ihrer Gründung begleiten. Loth verweist dazu auf die verschiedenen Antriebskräfte und Motivationen, die der Gründung der EWG zugrunde lagen, und die unterschiedlichen Vorbehalte und Bedenken, die seit jeher geltend gemacht wurden. Als vorrangig zu lösendes Problem macht er das Demokratiedefizit der EU aus. Loth diskutiert mögliche Szenarien für die weitere Entwicklung und wagt die Prognose, dass die EU nicht zerfallen wird, sondern aus der derzeitigen Situation gestärkt hervorgehen könnte, auch und gerade im Hinblick auf die Unterstützung der Bevölkerung.

Hartmut Aden skizziert im Folgenden die Probleme, die aus der Mehrebenen-Struktur der EU entstehen: das Hin- und Herschieben politischer Entscheidungen zwischen nationaler und europäischer Gesetzgebung; die Doppelzuständigkeiten und Kompetenzkonflikte zwischen EU und Nationalstaaten; die Grenzen europäischer Regulierungsmöglichkeiten durch das Konsensprinzip; die lange Verfahrensdauer für Gesetzgebungen der Union; die unterschiedliche Umsetzung europäischer Vorgaben in den Mitgliedstaaten ... Im Ergebnis führe dies oft zu einer Verantwortungsdiffusion in der EU, bei der kaum auszumachen ist, welche Stelle für schlechte bzw. schlecht umgesetzte EU-Politik verantwortlich ist. Die Lösung sieht Aden jedoch nicht in einer Zentralisierung der EU, sondern in der deutlicheren Abgrenzung von Zuständigkeiten für einzelne Politikfelder und der Stärkung der Koordinationsmechanismen. Letztlich gehe es aber auch um eine Neuausrichtung der EU-Politik, die die Interessen der Bevölkerung stärker in den Blick nehmen müsse, um den konkreten Nutzen der Union für die/den Einzelne/n wieder sichtbar zu machen.

Auf einen besonderen Aspekt der Mehrebenen-Struktur der EU geht *Uwe Kranenpohl* ein: den Grundrechtsschutz im Zusammenspiel der beiden europäischen Gerichte (EGMR, EuGH) und der nationalen Verfassungsgerichte. Zunächst beschreibt Kranenpohl das Verhältnis zwischen europäischem und nationalem (Grund-)Rechtsschutz – was die Fragen nach der Unter- oder Überordnung bzw. Kooperation der beteiligten Gerichte einschließt. Konflikte zwischen den Gerichten werden nach Kra-

nenpohl sowohl in der Kompetenzdimension (Welches Recht ist als vorrangig?) als auch in der Interpretationsdimension (Was ist der „richtige“ Inhalt einer Rechtsnorm?) ausgetragen. Auf lange Sicht führt nach Kranenpohl kein Weg um ein europäisches Grundrechtsschutzregime herum, denn eine kohärente gerichtliche Kontrolle des staatlichen Handelns der Union und der Mitgliedstaaten sei durch nationale Verfassungsgerichte nicht mehr hinreichend zu gewährleisten.

Die ökonomischen Ursachen für die Euro-Finanzkrise stehen im Mittelpunkt des Beitrags von *Rainer Land*. Er geht vom Zustand einer divergierenden wirtschaftlichen Entwicklung aus, welche die europäische Wirtschaft seit Jahren prägt. Dem deutschen Wirtschaftswachstum und Exportüberschüssen stehen substantielle Konjunkturkrisen und beträchtliche Handelsdefizite anderer (europäischer) Staaten gegenüber, allen voran Großbritannien, Frankreich und Griechenland. Der Autor verweist auf die strukturellen Probleme, die sich aus einem längerfristigen Exportüberschuss ergeben – nicht nur für die sich immer stärker verschuldenden, wirtschaftspolitisch in die Abhängigkeit geratenden Länder, denen Arbeitslosigkeit und De-Industrialisierung drohen. Anhaltende Handelsungleichgewichte bergen auch für ein Überschuss-produzierendes Land wie Deutschland zahlreiche Risiken: sinkende Reallöhne und die Zunahme relativer Armut; ausbleibende Investitionen in die Infrastruktur und damit in die Zukunft; der drohende Wertverlust für die mit Krediten/Schuldverschreibungen finanzierten Exportüberschüsse ... Die europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik sieht Land derzeit in einem Widerspruch verfangen: Einerseits versuchten die einzelnen Mitgliedstaaten, gegenüber anderen Nationen möglichst wettbewerbsfähig zu sein und Exportüberschüsse zu erzielen; andererseits setze die europäische Finanzpolitik alles daran, dass für den Konsum dieser Überschüsse keine neuen Defizite entstünden. Beides sei aber nicht miteinander zu vereinbaren – kein Überschuss ohne ein entsprechendes Defizit an anderer Stelle. *Rainer Land* plädiert dafür, die Handelsungleichgewichte innerhalb der EU und des EU-Außenhandelns aufzulösen. Dies sei umso wichtiger, als die bisherige Orientierung auf Wettbewerbsvorteile auch den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft blockiere. Für die Eurozone sieht Land dabei drei grundsätzliche Optionen: den Ausgleich der Überschüsse/Defizite durch Transferzahlungen (die jedoch mehrere Hundert Milliarden jährlich betrügen); eine koordinierte Dynamik der nationalen Lohnniveaus in den Mitgliedstaaten, die strikt am Maßstab der Produktivität zu orientieren wären (um Defizite/Überschüsse zu vermeiden); oder die Auflösung der Eurozone bzw. der Austritt einzelner Staaten aus dem Verbund.

Die folgenden beiden Beiträge widmen sich den Gegnern der europäischen Integration: *Jörg Ukrow* analysiert die letzten Parlamentswahlen in verschiedenen EU-Mitgliedsländern im Hinblick auf den Einfluss eurokritischer, rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien. Deren Erfolge gehen einher mit dem Niedergang der Sozialdemokratie, die in fast allen Abstimmungen (bis auf die britische Labour Party unter *Jeremy Corbyn*) erhebliche Verluste einstecken musste. Nach *Ukrows* Auswertung sind es vor allem die älteren Wähler/innen sowie die Menschen in ländlichen Regionen, die zu den Wahlerfolgen der europakritischen Parteien beitragen. Zudem erweist sich die Zustimmung zur bzw. Ablehnung der europäischen Integration als stark abhängig vom Einkommen und Bildungsstatus der Menschen, was die sozialpolitischen Defizite der EU offenlege.

Tobias Peter untersucht den Einfluss rechtspopulistischer und -nationalistischer Parteien im Europaparlament. Er unterscheidet dabei vier Varianten: die extreme, ethnozentristische, populistisch-autoritäre sowie eine religiös-fundamentalistische Rechte. Da sich Vertreter/innen dieser vier Richtungen (und teilweise sogar die Abgeordneten einer Partei, s. AfD) verschiedenen Fraktionen anschließen, ist die Stärke der Rechten im Parlament nicht ganz leicht auszumachen. Im Vergleich zu den letzten Wahlen stieg die Zahl rechtsgerichteter Abgeordneter von 46 auf 81 an. Sie verteilen sich derzeit auf drei Fraktionen: *Europäische Konservative und Reformer*, *Europa der Freiheit und der direkten Demokratie* sowie *Europa der Nationen und der Freiheit*. Ihr Einfluss reicht jedoch weit darüber hinaus, denn zu ihrem Erfolg gehört nach Peter auch, dass die Rechten mittlerweile die Agenda der anderen Fraktionen beeinflussen und diese thematisch vor sich hertreiben.

Antonio López-Pinas Blick von außen auf die deutsche Rolle in Europa beschließt diesen Schwerpunkt. Er geht vor allem auf die sozialpolitischen Defizite der EU ein, deren Regulierungsbemühungen bisher einseitig zugunsten der Wirtschaft und des freien Handels ausfielen. Der Aufbau einer Sozialunion sei daher dringend geboten, die kürzlich verabschiedete Initiative einer *Sozialen Säule der EU*² keineswegs ausreichend. Um derartige Vorhaben umsetzen zu können, müssten die deutsche Bundesregierung und die Öffentlichkeit jedoch ihre Zahlmeister-Mentalität ablegen und dürften nicht jede Reform mit dem Kostenargument abwürgen. Darüber hinaus fordert López-Pina die Deutschen auf, endlich ihre führende Rolle innerhalb Europas anzuerkennen und dieser gerecht zu werden, indem sich deutsche Politiker wirklich um Europa und nicht mehr nur um deutsche Egoismen kümmern.

Wir wünschen Ihnen viele neue Einsichten und eine anregende Lektüre mit dieser Ausgabe der **vorgänge**,

Hartmut Aden und Sven Lüders für die Redaktion.

Anmerkungen

- 1 Europäische Kommission, Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien, Brüssel, COM(2017)2025.
- 2 Parlament, Rat und Kommission der Europäischen Union: Europäische Säule Sozialer Rechte. Göteborg am 17.11.2017, abrufbar unter https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/socialsummit-european-pillar-social-rights-booklet_de.pdf.

Die *vorgänge* werden herausgegeben von der Humanistischen Union, vereinigt mit der Gustav Heinemann-Initiative. Der Redaktion dieser Ausgabe der *vorgänge* gehören an: Prof. Dr. Hartmut Aden, Werner Koep-Kerstin, Prof. Dr. Martin Kutscha, Dr. Herbert Mandelartz, Prof. Dr. Rosemarie Will.

Verantwortlicher Redakteur: Sven Lüders (SL)
Redaktion *vorgänge*, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Telefon: 0 30/ 20 45 02 56, Fax: 0 30/ 20 45 02 57, E-Mail: vorgaenge@humanistische-union.de
Internet: <http://vorgaenge.humanistische-union.de>

Abonnementbetreuung, Bestellungen & Verlag:
Humanistische Union, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Telefon: 0 30/ 20 45 02 56, Fax: 0 30/ 20 45 02 57, E-Mail: service@humanistische-union.de
Ansprechpartnerin: Carola Otte

Druckerei: hinkelsteindruck, Berlin
Bildnachweise: nhstock/fotolia (U1), Sven Lüders (S. 5)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Bezugsmöglichkeiten: Die Zeitschrift *vorgänge* erscheint vierteljährlich zum Preis von 14 € (Einzelheft). Im Abonnement kostet die Zeitschrift in der Printversion jährlich 43 €; für Studierende, Referendar/innen, Arbeitslose und Bundesfreiwilligendienstleistende 28 €. Ein Abonnement Print und PDF kostet 50 €, ermäßigt 35 €. Die elektronische Ausgabe (PDF) allein gibt es für 20 € jährlich. Alle Preise (außer PDF-Version) zzgl. Versandkosten von 8 € für vier Ausgaben. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens 6 Wochen zum Jahresende schriftlich bei der Humanistischen Union erfolgen. Für deren Mitglieder ist der Bezug kostenfrei.

Zuschriften, die den Vertrieb oder Anzeigen betreffen, bitte nur an den Verlag. Sollte beim Postversand ausnahmsweise ein Exemplar der Zeitschrift beschädigt werden, bitten wir um Einsendung an die Verlagsanschrift. Es wird kostenlos ersetzt.

Inhalte: Seit 1961 analysieren die *vorgänge* gesellschaftliche und politische Prozesse aus sozialwissenschaftlicher und kulturkritischer Perspektive. Sie sprechen einen bürgerrechtlich interessierten LeserInnenkreis an, richten sich nicht nur an das akademische Fachpublikum. Ihr Ziel ist es, interessierte Laien wie engagierte Bürger/innen an zeitpolitischen Diskursen teilhaben zu lassen. Im Zentrum jeder Ausgabe steht ein thematischer Schwerpunkt: Mehrere Beiträge analysieren das jeweilige Titelthema aus verschiedenen fachlichen wie politischen Perspektiven. Der Schwerpunkt wird ergänzt durch Berichte, Stellungnahmen und Hintergrundbeiträge zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen. Kommentare und Kolumnen runden die Ausgaben ab. Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung ihrer Verfasser/innen wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Rainer Land

Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen zerstören die Eurozone und gefährden die Europäische Union (I)

Die Überschüsse in der Handelsbilanz der deutschen „Exportweltmeister“ stehen international immer wieder in der Kritik. Der folgende Beitrag erklärt, welche ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Probleme mit diesen Überschüssen (und den notwendigen Defiziten anderer Länder) verbunden sind. Rainer Land sieht drei prinzipiellen Lösungsmöglichkeiten für die Aufhebung dieser Ungleichgewichte: der Umbau der Währungsunion, die Auflösung der Eurozone oder der Austritt einzelner Länder aus der Währungsunion. Auch wenn derzeit für keine der drei Optionen ausreichend politischer Wille oder ökonomische Handlungsbereitschaft vorhanden sind – ein „weiter so“ ist kein gangbarer Weg. Der Autor warnt: Wenn die strukturellen Ursachen der Überschüsse und Defizite nicht beseitigt werden, weiterhin nur Zeit gekauft und Rettungsschirme aufgefaltet werden, dann bestimmen Dauerkrisen oder Finanzcrashs unsere Zukunft, vom ausbleibenden ökologischen Umbau unserer Wirtschaft ganz zu schweigen.

Teil I: Handelsbilanzdivergenzen – Ursachen, Lösungen, Handlungsmöglichkeiten

Im Jahr 2017 hat die Eurozone beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) das Vorkrisenniveau (2008) überschritten – nach zehn Jahren. Das deutsche BIP beträgt 109,82 Prozent, das BIP des Euro-Raums ohne Deutschland 101,95 Prozent (relativ zum 1. Q. 2008). André Kühnlenz (2017) spricht von einer gespaltenen Konjunktur:

„Solange aber eine Volkswirtschaft sich von einem Konjunkturunbruch lediglich erholt, würde ich nicht von einem Aufschwung sprechen – der hat erst vor einem Jahr im Rest des Eurolands begonnen. Seitdem stieg die Wirtschaftsleistung [...] aber nur um magere 1,9%. Deutschland ist diesem Miniaufschwung längst ent-eilt, auch wenn die Wachstumsraten hierzulande auch nicht berauschend sind.“

Wenn man auf die Arbeitslosenquoten blickt, ist die gesplante Entwicklung noch deutlicher zu bemerken. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit seit Jahren laufend ge-

sunken, von einem kleinen Einbruch in der großen Finanzkrise (2007 bis 2009) abgesehen. Sie ist heute nur noch halb so hoch wie vor der Krise. In der Eurozone ohne Deutschland hatte sie sich hingegen verdoppelt auf über 14 Prozent, ist seitdem nur auf 11 Prozent gesunken, das ist immer noch ein Drittel mehr als vor der Krise. Hinzu kommt eine katastrophale Lage der Jugend: In Griechenland beträgt die Jugendarbeitslosigkeit (im August 2017) 43 Prozent (2013: 58 Prozent), in Spanien 38 Prozent (2013: 55 Prozent), in Italien 35 Prozent (2014: knapp 43 Prozent) – und in Deutschland derzeit 6,4 Prozent (Statista 2017 a; vgl. Bundeszentrale 2017). Hier wächst die nächste Generation von Überflüssigen heran, Menschen, die die Wahl haben zwischen sozialer Degradation, Deprivation, Resignation, einer populistischen Heilslehre, Widerstand, Separatismus oder Terrorismus. Eine derart gesplante Entwicklung ist keine gute Voraussetzung für eine fortgesetzte europäische Integration. Vielmehr untergräbt sie die Grundlagen des europäischen Projekts und gefährdet die Zukunft des Kontinents. Was sind die Ursachen?

1. Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen

Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen sind das zweitgrößte Problem der Weltwirtschaft (auf das größte, den dringend gebotenen ökologischen Umbau, gehe ich unten ein). Anhaltende und wachsende Überschüsse und Defizite sind mit komparativen Vorteilen für alle unvereinbar, sie fachen Wirtschaftskriege an und machen langfristig alle zu Verlierern. Überschüsse und Defizite sind auch die Ursache der Eurokrise, sie zerstören die Grundlage der Euro-Währungsunion und gefährden die Europäische Union.

Betrachten wir in Abbildung 1 die Größenordnung der Handelsbilanzdifferenzen und der dadurch überwiegend bestimmten Leistungsbilanzen in der Europäischen Union (EU) und der Europäischen Währungsunion (EWU).

Abbildung 2 zeigt, dass Deutschland, die größte Volkswirtschaft der Eurozone, einen gewaltigen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von inzwischen über 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hat, das sind 262 Mrd. Euro. Auch die vergleichsweise kleinen Niederlande haben Überschüsse in Höhe von bis zu 10 Prozent des BIP, das Volumen beträgt aber nur 63 Mrd. Euro. Die beiden anderen großen Volkswirtschaften der EU hatten Defizite: Frankreich minus 20 Mrd. Euro (2016), Italien 54 Mrd. (2010), inzwischen aber einen Überschuss von 45 Mrd. (2016). Allerdings ist der italienische Überschuss nicht Folge wirtschaftlichen Aufstiegs, sondern auf sinkende Importe in einer schweren Krise, auf hohe Arbeitslosigkeit, rückläufige Einkommen, rückläufige Staatsausgaben und Austerität zurückzuführen (vgl. Flassbeck 2016a).

Die Defizite von Griechenland, Spanien und Portugal betragen auf dem Höhepunkt mehr als 10 Prozent des BIP, der Größenordnung nach zwischen 20 und 100 Mrd. EUR. Inzwischen gehen diese Defizite zurück – aus dem gleichen Grund wie in Italien. Nur die deutschen Überschüsse steigen weiter. Bis 2012 war die Handelsbilanz der Eurozone ausgeglichen, d.h. die Überschüsse einiger Länder entsprachen weitgehend den Defiziten anderer (Abb. 3). Die EU insgesamt hatte Defizite.



Abb. 1: Europäische Union: Handelsbilanzsalden der Mitgliedstaaten im Jahr 2016 (in Milliarden Euro).

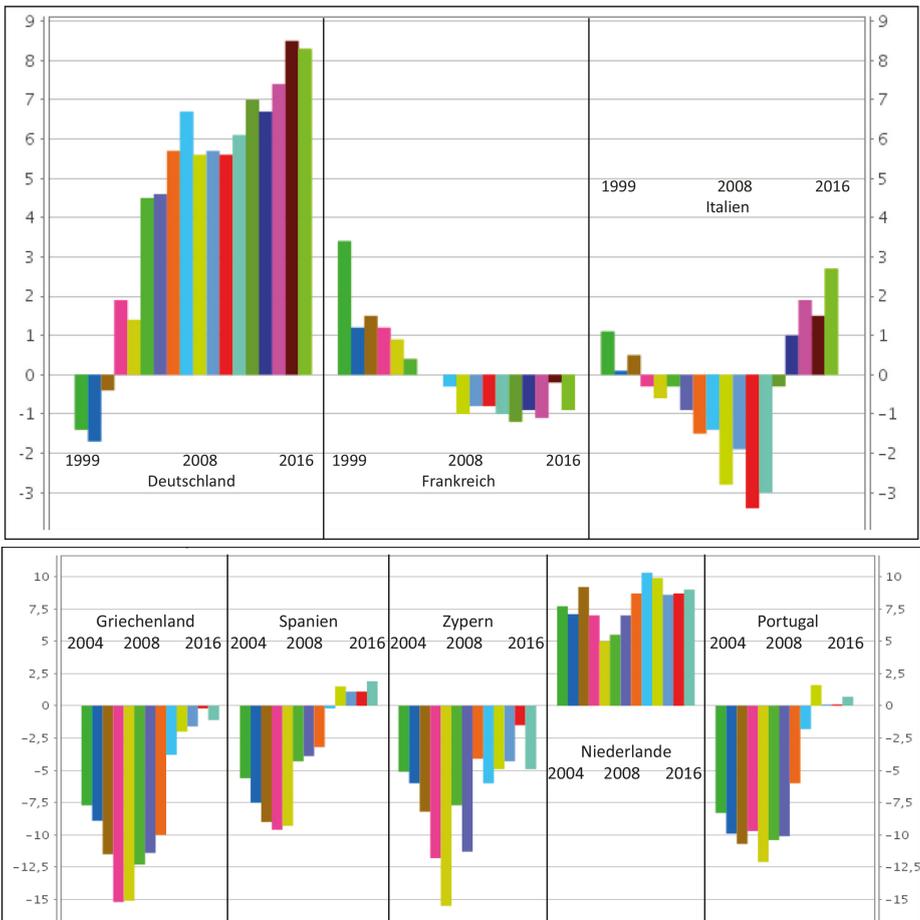


Abb. 2: Entwicklung der Leistungsbilanzen in Prozent des BIP 1999 bis 2016 für Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien, Zypern, Niederlande und Portugal.

Da die Defizite einiger Länder der Eurozone seit 2010/2012 zurückgehen, gleichen sich Überschüsse und Defizite innerhalb der Eurozone nicht mehr aus. Der Handelsbilanzsaldo der gesamten Eurozone stieg seit der Krise auf inzwischen 271 Mrd. Euro. Die Eurozone benötigt andere Länder, die bereit sind, sich für Importe aus der Eurozone zu verschulden – vor allem die USA (vgl. Teil II, Abschnitt 5).

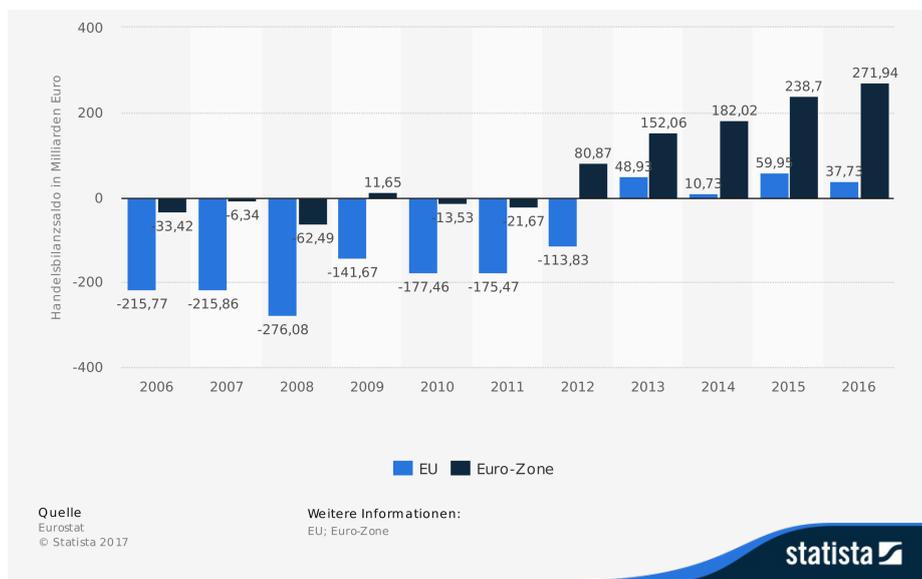


Abb. 3: Handelsbilanzsalden der EU und der Eurozone von 2006 bis 2016 in Mrd. Euro

2. Warum sind Überschüsse und Defizite ein Problem?

Wenn ein Land mehr produziert, als es verbraucht (für Konsum plus Investitionen), muss es die Differenz auf dem Weltmarkt absetzen, also mehr exportieren, als es importiert. Dies ist nur möglich, wenn eine andere Volkswirtschaft mehr importiert, als sie exportiert, also ein Handelsbilanzdefizit hat. Die Summe aller Defizite und Überschüsse in der Weltwirtschaft ist immer Null.

Handelsbilanzdefizite und -überschüsse müssen durch Geld- oder Kapitaltransfers ausgeglichen werden. Wie wir oben sehen, geht es dabei insgesamt um viele hundert Milliarden Euro. Im Defizitland müssen Kredite in Höhe des Importüberschusses aufgenommen werden, um die Importe zu finanzieren – oder es werden andere Formen von Schulden gemacht, z.B. Wertpapiere emittiert und über den Finanzmarkt an die Gläubiger in den Überschussländern verkauft, es wird Vermögen veräußert oder Direktinvestitionen fließen ins Land. In den Überschussländern wachsen Devisen- und Wertpapierbestände und Auslandsvermögen. Das Überschussland akkumuliert Finanzvermögen, das Defizitland akkumuliert Finanzschulden.

Überschüsse und Defizite sind kein Problem, wenn sie sich in mittleren Fristen ausgleichen. Auch Entwicklungshilfe oder Modernisierungsprogramme, die durch Transfers, langfristige Kredite oder Direktinvestitionen finanziert sind, können zu Defiziten führen, denen notwendigerweise Handelsbilanzüberschüsse bei den Geberländern entsprechen.¹

Viele Wirtschaftswissenschaftler sehen dauerhafte Überschüsse und Defizite kritisch, weil sie die Weltwirtschaft destabilisieren und Entwicklungsrichtungen der Wirtschaft verzerren. Nicht mehr die Wohlfahrt der Bevölkerung oder der ökologische Umbau stehen im Mittelpunkt, sondern der Gewinn von *Wettbewerbsvorteilen gegen andere Volkswirtschaften*. Über längere Zeit anhaltende oder gar wachsende Überschüsse und Defizite verweisen auf grundlegende Konstruktionsfehler in den Wirtschaftssystemen und sind sowohl für die Überschussländer als auch für die Defizitländer langfristig negativ.²

Der Exportüberschuss ist mit einem *Abfluss von sachlichen Ressourcen* (Rohstoffen, Energie, Arbeit, Verschleiß von Sachkapital) verbunden, dem kein entsprechender Zufluss sachlicher Ressourcen entspricht. Dafür fließen Finanzen in das Überschussland. Nun könnte man meinen, mit denen könne man auf dem Weltmarkt ja Güter kaufen und die abgeflossenen Ressourcen sachlich ersetzen. Ja, das wäre ein ausgewogener Welthandel mit komparativen Vorteilen, denn genau dann gäbe es den Exportüberschuss nicht mehr, dem Export würde nämlich ein etwa gleich hoher Import entsprechen. Genau das aber geschieht nicht.³ Dem Abfluss von sachlichen Ressourcen entspricht kein gleichwertiger Zufluss anderer Ressourcen, das Überschussland verliert sachliche Ressourcen und bekommt Schuldscheine.

Eine auf Exportüberschüsse ausgerichtete Wirtschaftsstruktur führt dazu, dass die verbrauchten Ressourcen nur teilweise ersetzt werden, Investitionen sich auf die Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel konzentrieren, die *Binnenwirtschaft zurückbleibt* und die *Infrastruktur vernachlässigt* wird – wie man in Deutschland auch empirisch beobachten kann.

Exportüberschüsse sind mit *Einkommensverlusten bei den Masseneinkommen* verbunden. Ein Exportüberschuss ist nur möglich, wenn die Bevölkerungsmehrheit weniger konsumiert als sie produziert, also am Produktivitätszuwachs nicht oder nur eingeschränkt partizipiert. Ein Exportüberschuss ist nur möglich, wenn die Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleiben (s. Teil II).⁴

In einer solchen Situation ist die Wahrscheinlichkeit für *Finanzvermögensverluste* hoch. Exportüberschüsse führen dazu, dass laufend wachsende Bestände an Wertpapieren oder Devisen entstehen, zwischen verschiedenen Finanzdepots zirkulieren und irrationale Bewegungen auf den Finanzmärkten anfeuern. Die Verwertung der Finanzanlagen wird zum dominanten Selektionskriterium für wirtschaftliche (und wirtschaftspolitische) Entscheidungen, die Entwicklung der sachlichen Produktionsbedingungen, der Infrastruktur, der Lebensbedingungen, der Konsumstruktur usw. wird zu einem nachgeordneten Kriterium. Daher passt die Orientierung auf Exportüberschüsse zum Finanzmarktkapitalismus.

Exporte, die nicht zu wachsenden Importen führen, sondern in Finanzvermögen angelegt werden, sind erheblichen Entwertungsrisiken ausgesetzt. Wertet ein Defizitland seine Währung ab oder fällt der Kurs bestimmter Finanzanlagen, so reduziert sich der Wert des finanzierten Auslandsvermögens – entweder schleichend oder abrupt in einer Finanzkrise. Die kumulierten Exportüberschüsse Deutschlands von 1999 bis 2015 betragen 2,6 Billionen Dollar, davon sind heute aber statistisch nur noch 1,47 Billionen Dollar Auslandsvermögen vorhanden. Knapp 1,2 Billionen Dollar, fast die Hälfte, sind in 15 Jahren durch Entwertung verloren gegangen, vor allem in der

großen Finanzkrise und durch Veränderung der Wechselkurse. Man kann nicht behaupten, dass sich diese Exporte bzw. diese Art von Wertanlage rentiert hätte (vgl. Herrmann 2016 und Deutsche Bundesbank 6.10.2017).

Auf den ersten Blick hat das Überschussland einen Vorteil, weil der Exportüberschuss die *Arbeitslosigkeit scheinbar reduziert*. Allerdings würden Lohnsteigerungen oder Inlandsinvestitionen mindestens den gleichen Effekt haben⁵ – nur dass dabei nicht die virtuellen Finanzvermögen, sondern die realen Masseneinkommen steigen, nicht der Export, sondern der Binnenmarkt expandiert sowie der Konsum und die Investitionen steigen. Zudem geht der Export von Arbeitslosigkeit zu Lasten der Arbeitslosigkeit in den Defizitländern. Nur dann, wenn das Defizitland den Einkommensabfluss vollständig durch kreditfinanzierte Mehrausgaben (also zusätzliche Verschuldung) kompensiert, könnte ein Steigen der Arbeitslosigkeit durch Importüberschüsse vermieden werden.⁶ Das aber ist nur den USA möglich. Es setzt nämlich voraus, dass es entweder genügend kreditwürdige Privathaushalte gibt (so scheinbar beim Hypothekenboom in den USA vor 2007, der dann zur Finanzkrise geführt hat, weil die Kreditwürdigkeit gefaked war) und/oder der Staat bei der Erhöhung der Ausgaben keinen Beschränkungen unterliegt. Beides trifft auf andere Defizitländer nicht zu, weil sie Handelsbilanzdefizite, also Importüberschüsse, nur sehr beschränkt mit ihrer eigenen Währung finanzieren können. Importe müssen mit Devisen bezahlt werden. Verschulden sich andere Defizitländer in Fremdwährungen, z.B. durch Kredite in internationalen Reservewährungen, werden sie schnell abhängig und sitzen irgendwann im Schuldenturm.

Die *negativen Folgen* für die Länder mit Handelsbilanzdefiziten sind der Import von Arbeitslosigkeit, eine damit verbundene De-Industrialisierung, Verluste an wirtschaftlicher Dynamik und an Einkommen sowie Probleme, die mit steigenden Schulden, der Abhängigkeit von den Finanzmärkten und im schlimmsten Fall von Gläubigern einher gehen: Austerität und sogenannte Strukturanpassungsprogramme, die nach allen Erfahrungen in eine tiefe Krise mit anschließender jahrelanger Depression führen. Dies sind bekanntlich die Folgen in Griechenland, Spanien, Frankreich und anderen Euroländern.

Auch wenn es oberflächlich so aussieht, als hätten Überschussländer wegen zusätzlicher Arbeitsplätze oder Defizitländer wegen kreditfinanzierter Importe einen Vorteil – es gibt diese Vorteile nur kurzfristig. Wenn überhaupt gewinnt nur einer auf Kosten des anderen. Es ist bestenfalls ein Nullsummenspiel; in der Regel ein Negativsummenspiel, bei dem beide verlieren. Handelsbilanzdifferenzen untergraben die Kooperationsbereitschaft und die Kooperationsfähigkeit, sie stützen Strategien des Gegeneinanders im Handel. Komparative Vorteile im Handel gibt es nur, wenn alle gewinnen.

3. Die derzeitige Situation ist untragbar

3.1. Weiter so?

Wenn es nicht gelingt, die Überschüsse und Defizite durch Veränderungen in der Regulation der Währungsunion unter Kontrolle zu bekommen, wird sich die Eurokrise in *dauerhafter Depression und säkularer Stagnation* fortsetzen. Werden die Überschüsse und Defizite nicht abgebaut, wachsen sie gar weiter an, kann es zu einer schweren Krise des Finanzsystems und scharfen Einbrüchen der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU oder in einzelnen Volkswirtschaften kommen. Eine schwere Krise muss aber keine zwangsläufige Folge sein. Die Möglichkeiten, durch staatliche Interventionen oder Rettungspakete schwere Krisen abzuwehren, wurden in den letzten Jahren erheblich erweitert. Allerdings wird damit nur Zeit gekauft, die grundlegenden Ursachen der divergenten Entwicklung bleiben bestehen.

Bleibt es bei der heute dominanten Kombination eines merkantilistischen Export-Überschuss-Regimes mit einem schuldenfinanzierten Defizit-Regime in der EU (und der Weltwirtschaft), bleibt auch die derzeitige falsche (und zudem widersprüchliche) Orientierung der wirtschaftlichen Entwicklung bestehen. Sie ist einerseits gerichtet auf die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen, um Exportüberschüsse zu erlangen, und versucht parallel zu begrenzen, dass Importüberschüsse durch Defizite finanziert werden (was nicht zusammenpasst, denn keine Überschüsse ohne Defizite). Inhaltlich geht diese Orientierung einher mit Begrenzung der Lohnentwicklung, der Masseneinkommen und Austerität. Die Folge ist säkulare Stagnation, eine geringe Innovationsdynamik und geringes Wachstum der Einkommen und der Investitionen (vgl. Hein 2016).

Damit sind wir bei dem eingangs angekündigten größten Problem der heutigen Weltwirtschaft, das eng mit der Fehlorientierung auf Exportüberschüsse und Finanzanlagen zusammenhängt. Die wirtschaftsgeschichtlich wichtigste Aufgabe der Gegenwart ist der *Übergang zu einer umweltkompatiblen Produktionsweise* in Industrie, Landwirtschaft, Konsum und Infrastrukturen in den nächsten Jahrzehnten. Eine Fortsetzung der heutigen Trends des Ressourcen- und Umweltverbrauchs wird die Existenzgrundlagen der Menschheit zerstören. Das wichtigste Zeitfenster dafür ist durch den Klimawandel gesetzt: Eine Trendwende muss binnen 30 Jahren erreicht werden, eine vollständige Dekarbonisierung der Weltwirtschaft „bis spätestens 2070, in den wohlhabenden Ländern bis etwa 2050 [...]“ (Messner 2016, vgl. Land 2017a, b und c).

Eine solche Trendwende hin zu einem globalen ökologischen Umbau der Industrie, der Landwirtschaft, des Konsums und der Infrastruktur durchzusetzen und innerhalb von hundert Jahren abzuschließen, ist aber mit der schwachen Innovationsdynamik des Überschuss-Defizit-Finanzmarkt-Kapitalismus nicht zu bewältigen. Neben einer höheren Dynamik, einem höheren Anteil an Innovationen, durch die alte Produkte und Verfahren durch neue abgelöst werden, geht es vor allem um die inhaltliche Neuorientierung, die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung, die durch entsprechende marktwirtschaftskompatible Selektionsprozesse, aber auch durch juristische Rah-

mensetzungen (z.B. Umweltrecht, Eigentum, Nutzungsrechte und Reproduktionspflichten für Naturressourcen), politische Entscheidungsverfahren und staatliche Investitionen bestimmt werden. Statt der derzeit dominanten Orientierung der wirtschaftlichen Entwicklung auf Innovationen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit für Exporte durch Reduzierung der Lohnstückkosten wäre eine Orientierung auf absolut *sinkenden Ressourcen- und Energieverbrauch* und auf Umweltkompatibilität der neuen Produkte und Verfahren geboten.

Säkulare Stagnation und die Fehlorientierung der Selektionsprozesse sind die größten Hindernisse für eine notwendige neue ökologische Produktionsweise, einen Ökoliberalismus. Auch die schwache Einkommensentwicklung ist eine Fehlorientierung, selbst wenn es auf den ersten Blick so scheinen mag, dass sinkende Einkommen für die Umwelt besser wären. Einkommen, die hinter der sowieso schon schwachen Produktivitätsdynamik zurückbleiben oder gar sinken, behindern den ökologischen Umbau. Eine Veränderung der Konsummuster ist nur möglich, wenn die Verfügbarkeit der Einkommensverwendung steigt und die mit dem ökologischen Umbau verbundenen Wert- und Preissteigerungen für umweltkompatible Produktion von den Konsumenten auch verkraftet werden können, und zwar ohne sozialen Abstieg. Die derzeitige Orientierung auf Kostensenkung durch billige Massenprodukte verengt den Spielraum für den Umbau der Konsummuster und führt in die falsche Richtung. Zudem werden betrügerische Praktiken bei der Produktqualität, den Umweltparametern und der Verbraucherzeichnung herausgefordert. Auch die Verlagerung der Produktion in Länder mit geringen Umweltstandards passt zu einer Orientierung auf Exportüberschüsse.

Kurz: Das größte weltwirtschaftliche Problem – die fehlende Umweltkompatibilität der heutigen Produktionsweise und der die Tragfähigkeitsgrenzen der Ökosysteme übersteigende Ressourcenverbrauch – und das zweitgrößte Problem – die Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen und die damit verbundene Kumulation von Finanzschulden und Finanzvermögen anstelle von Entwicklung des Sachvermögens – bedingen und verstärken sich wechselseitig.

Die damit verbundene Ungleichheit in den Ländern und die gespaltene Entwicklung zwischen den Volkswirtschaften mit Überschüssen (Deutschland vor allem) auf der einen Seite, denen mit Defiziten trotz hoher Produktivität (Frankreich, Norditalien) und denen mit Defiziten bei geringerer Produktivität (Griechenland, Portugal) zerstört die Grundlage der friedlichen Zusammenarbeit der Nationen in der EU und in der Weltwirtschaft. Die aus Ungleichheit und fehlender wirtschaftlicher Perspektive resultierenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen werden Sicherheit und Stabilität der Eurozone weiter untergraben. Wenn sich nichts ändert, wird dieser Euro die EU zerstören.

3.2. Wie kann die Eurokrise überwunden werden?

Grundsätzlich gibt es drei Vorschläge zur Überwindung der Eurokrise.

- *Ausgleich der Differenzen durch Transfers*: Solche Vorschläge gibt es von Varoufakis (Galbraith u.a. 2013) und Busch („Europa geht auch solidarisch“, Busch u.a. 2016). Auch der französische Präsident Macron denkt an ein europäisches Budget und

europäische Steuern (Zeit Online 26.09.2017). Ein solches gemeinsames Budget zur Umverteilung zwischen den Ländern der EU müsste sehr groß sein. Dabei denke man an die Größenordnung der Überschüsse und Defizite im Bereich von mehreren hundert Milliarden EUR pro Jahr. Dafür wäre wiederum a) eine über den Nationalstaaten stehende demokratische Entscheidungsstruktur erforderlich – jedenfalls wenn man keine rein technokratische Finanzregierung will. Dies erfordert ein von den Nationalstaaten unabhängiges Budgetrecht des Europäischen Parlaments, mit dem Steuern erhoben und Ausgaben getätigt werden können, die der Größenordnung der erforderlichen Umverteilung entsprechen. Und b) erfordert dies technische Verfahren und eine Europäische Finanzverwaltung, die die Erhebung europäischer Steuern und die Finanzierung der Ausgaben abwickelt. Faktisch würde die Finanzverwaltung der Nationalstaaten auf regionale Befugnisse herabgestuft werden müssen.

- *Etablierung einer koordinierten Lohnregulation der Eurozonen-Staaten* und ihrer Tarifparteien, die dafür sorgt, dass die nationalen Lohnniveaus den nationalen Produktivitätsniveaus entsprechen. Dann nämlich würden Leistungsbilanzungleichgewichte nur temporär auftreten und könnten nicht über mehrere Jahre zu Größenordnungen anwachsen, die die Funktionsweise des Währungssystems substantiell untergraben. Überschüsse und Defizite entstehen nur, wenn Produktivitätsdifferenzen nicht durch entsprechende Lohn- und Einkommensdifferenzen kompensiert sind. Eine an der Produktivitätsentwicklung orientierte Regulation der Löhne innerhalb der Eurozone würde die wichtigste Ursache der Handelsbilanzdivergenzen beseitigen. Dieser Vorschlag wurde seit Ende der 1990er Jahre immer wieder von Heiner Flassbeck und anderen unterbreitet (u.a. Flassbeck u. Spieker 2001, Flassbeck u.a. 2013).

Prinzipiell sind beide Vorschläge kombinierbar, wobei der entscheidende Effekt durch die Lohnregulation erreicht werden muss. Die Größenordnung der Umverteilung, die nötig wäre, um Überschüsse und Defizite vollständig durch Transfers auszugleichen, ist weder politisch durchsetzbar noch wäre dies wirtschaftlich vernünftig, solange es sich um selbständige Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Lohnniveaus, unterschiedlichen Sozialsystemen und verschiedener Sprache und Kultur handelt. Aber ergänzend und vor allem auf Investitionen bezogen könnten Transfers eine wichtige Rolle spielen. Geeignet wäre ein Investitionsprogramm für den ökologischen Umbau, mit dem neue umweltkompatible Produkte und Verfahren entwickelt und in den Markt eingeführt und der Ressourcenverbrauch gesenkt werden könnten: Kredite für private Unternehmen, öffentliche Investitionen, europaweiter Umbau der Infrastruktur, Verkehr, Bildung, Wissenschaft (vgl. Land 2017).

- Die dritte Alternative wäre die *Auflösung der Eurozone*. Dies hat insbesondere Mitchell (2017) untersucht. Er vergleicht die verschiedenen Varianten des Umbaus und der Auflösung. Seiner Meinung nach ist eine Transferlösung weder politisch durchsetzbar noch kulturell tragbar (S. 460 ff): „Eine wichtige Voraussetzung für ein effektives Währungssystem mit vielen Regierungsebenen ist, dass die Bürger interregionalen Transfers von Staatsausgaben gegenüber tolerant sein müssen [...]“ Die bessere Lösung wäre eine partielle oder vollständige Auflösung der Eurozone:

- der Wechselkurs könnte wieder benutzt werden, um Divergenzen in Produktivitäts- und Lohnentwicklung auszugleichen,
- jede Nation würde die Souveränität über die eigene Währung wiederherstellen und die für die Gestaltung wirtschaftlicher Entwicklung wichtige Kooperation von Zentralbank und Finanzministerium reaktivieren, damit könnte Arbeitslosigkeit überwunden werden, die wirtschaftliche Entwicklung und die Einkommen könnten dynamisiert und die Entwicklungsrichtung hin zu einem ökonomischen Umbau gestaltet werden.

Für eine Auflösung der Eurozone sind verschiedene Szenarien denkbar.

- Die beste Variante wäre eine Auflösung durch **Wiedereinführung der nationalen Währungen** in einem gestalteten und koordinierten Prozess, der vertraglich vereinbart werden müsste. Daraus könnte ein neues europäisches Währungssystem mit festen, aber anpassbaren Wechselkursen hervorgehen, eine verbesserte Variante, die die Fehler der 2. Generation des Europäischen Währungssystems (EWS II) vermeidet.
- Eine ebenfalls tragfähige Lösung wäre der **Austritt einzelner Staaten** bei Wiedereinführung der eigenen nationalen Währung. Auch dafür wäre eine vertraglich vereinbarte und gesteuerte Lösung sinnvoll, aber auch der Austritt in eigener Regie wäre machbar.
- Die dritte, teuerste und schlechteste Lösung wäre der Zusammenbruch des Eurosystems in einer schweren Finanzkrise, in der nationale Währungssysteme *ad hoc* neu gegründet werden müssten.

In jedem Fall wäre die Auflösung des Euro mit erheblichen Kosten verbunden, wobei vertraglich geregelte Lösungen weniger Kosten verursachen als eine Auflösung im Crash. Mitchell meint, dass einige der kommunizierten Kalkulationen die Kosten übertreiben.

„Der Kostenaufwand der Krise, der durch sinnlose Sparmaßnahmen noch erhöht wurde, ist enorm. Griechenland hat 25 Prozent seiner Wirtschaft eingebüßt, und die Sparpolitik hat eine Generation von jungen Menschen hervorgebracht, die keine Beziehung zur Arbeit hat und heranwachsen wird, ohne je gearbeitet zu haben. Dadurch, dass sie keine Gelegenheiten hat, Erfahrung zu sammeln, wird diese sozial entwurzelte Kohorte extrem benachteiligt. Viele andere WWU-Länder machen eine ähnliche Erfahrung.

Die Belege in diesem Buch zeigen, dass der Aufwand eines Austritts zwar enorm sein wird, die langfristigen Kosten einer mehr oder weniger permanenten Sparpolitik jedoch noch höher sein werden. ...

Ein geordneter Austritt wäre für jede Nation der bessere Weg. Italien sollte vorgehen, sowohl in Anbetracht seiner Größe und relativen Bedeutung in Europa als auch der schlimmen Schäden, die seine Struktur durch die Sparpolitik davonträgt.“ (Mitchell 2017: 572)

3.3. Handlungsmöglichkeiten

Politisch ist derzeit keiner der möglichen Wege aus der Krise der Eurozone bzw. der Krise eines Finanzmarkt-Überschuss-Defizit-Kapitalismus denkbar. Weder Transfers in der erforderlichen Größenordnung, noch eine länderübergreifende Lohnregulation sind politisch machbar, auch ein einvernehmlicher Austritt einzelner Länder oder eine geregelt Auflösung der Eurozone ist nicht vorstellbar.

Daraus folgt: Es wird auf absehbare Zeit weiter bei der krisenhaften Entwicklung, säkularer Stagnation, falschen Entwicklungsrichtungen, hoher Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und zunehmenden Differenzen zwischen den Euroländern bleiben. Ob eine neue Finanzkrise oder andere wirtschaftliche oder politische Brüche eine neue Situation schaffen, kann natürlich niemand vorhersagen. *„Alles, was einen Anfang hat, hat auch ein Ende!“⁷*

Handlungsmöglichkeiten bestehen aber in folgender Weise:

1. Aufklärung ist angesagt, vor allem über die Ursachen und Folgen der Überschüsse und Defizite sowie die Eurokrise. Vor allem müsste man versuchen, die falschen und nicht selten von interessierter Seite verbreiteten Diagnosen zu widerlegen: Staatsschuldenkrise, zu hohe Löhne, zu hohe Staatsdefizite, Gelddrucken usw. Dann wären die verheerenden Wirkungen der derzeitigen Lösungsstrategien – Flexibilisierung der Arbeitsmärkte (es geht um mehr Druck auf die Löhne), Austerität, Sparprogramme – herauszustellen. Drittens schließlich wäre es nötig, ungeschminkt die Wahrheit über die Gefahren der ökologischen Krise öffentlich anzusprechen und klarzumachen, dass dies die zentrale Aufgabe ist, wenn sich die Menschheit in letzter Minute noch retten will. Rettung aber verlangt Investitionen und Neuerungen statt Sparen in der Krise und Abwarten.
2. Dringend erforderlich ist, der verbreiteten Angstmache vor dem Austritt einzelner Länder aus dem Euro oder der Wiedereinführung nationaler Währungen entgegenzutreten. Diese „Drohung“ dient der Erpressung politischer Bewegungen, Parteien und Regierungen. Natürlich wären der Austritt oder die Auflösung mit hohen Kosten verbunden, die aber bei einem einvernehmlichen und geordneten Übergang finanzierbar sind. Der Satz „Fällt der Euro, fällt Europa“ ist falsch. Richtig ist, dass das Eurosystem, so wie es derzeit funktioniert, Europa zerstört. Es muss verändert oder aufgehoben werden, wenn man die friedliche und gedeihliche Zusammenarbeit der europäischen Nationen, den sozialen Fortschritt für alle, erhalten will. Die Auflösung der Eurozone ist eine mögliche Option und – entsprechend gestaltet – nicht notwendig reaktionär oder katastrophal.
3. Neben einer Debatte über die mögliche Auflösung der Eurozone kann und muss natürlich auch über deren Umbau diskutiert werden. Die zentrale Frage ist, ob man sich ein System der gemeinschaftlichen Lohnregulation vorstellen kann und ob die damit verbundenen Probleme, die Unterschiedlichkeit der heute bestehenden nationalen Verfahren der Lohnfindung, lösbar sind. Keine Partei in Deutschland hat diese Frage „auf dem Schirm“. Für ergänzende Transfersysteme bestehen bessere Chancen, weil Linke, SPD und mit Einschränkungen auch Bündnis 90 Die Grünen sich in diese Richtung bewegen – allerdings kaum erkennen, um wel-

che Größenordnungen es hier geht. Macron hat zwar Ideen, sieht aber bislang nicht, das Transfersysteme ohne eine grundlegende Lohnregulation nicht funktionieren werden.

„Die Eurozone ist also alles andere als eine „optimale Währungsunion“ – das heißt aber noch lange nicht, dass der Euro nicht dennoch funktionieren kann.“
(Priewe 30.01.2017)

Gelänge der Umbau der Eurozone, wäre dies besser als eine Auflösung; gelingt er aber nicht, wäre ein „Weiter so“ verheerend.

Teil II des Beitrags widmet sich den Ursachen der Überschüssen bzw. Defiziten in den einzelnen Staaten der Eurozone sowie den möglichen Ausgleichsmechanismen. Er erscheint in der folgenden Ausgabe der vorgänge (Nr. 221, Heft 1/2018) und kann vorab auf der Webseite der Zeitschrift gelesen werden: http://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/online_artikel/220/.

RAINER LAND Dr. sc. oec. (Jg. 1952), studierte Philosophie und Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1992 ist er Redakteur der Zeitschrift Berliner Debatte Initial. Seit den 1980er Jahren arbeitet er an »Bausteinen zu einer evolutorischen Theorie der Moderne«. Seit 2000 ist er in diversen empirischen und theoretischen Projekten am selbst gegründeten Thünen-Institut e. V. In Bollewick tätig.

Literatur

Borger, Klaus (2017): Leistungsbilanz: Überschuss reduzieren, Deutschland stärken. In: KfW Research, Fokus Volkswirtschaft Nr. 178 v. 08.08.2017, <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2017/Fokus-Nr.-178-August-2017-Leistungsbilanz%C3%BCberschuss.pdf>

Bundeszentrale für politische Bildung (2017): Jugendarbeitslosigkeit in Europa. <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/225124/jugendarbeitslosigkeit-in-europa>.

Busch, Klaus; Axel Troost; Gesine Schwan; Frank Bsirske; Joachim Bischoff; Mechthild Schrooten; Harald Wolf (2016a): Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union. Hamburg: VSA-Verlag.

Busch, Klaus; Axel Troost; Gesine Schwan; Frank Bsirske; Joachim Bischoff; Mechthild Schrooten; Harald Wolf (2016b): Antwort auf Martin Höpners und Heiner Flassbecks Artikel ‚Nutzlose Wechselkursanpassungen?‘, Makroskop v. 07.12.2016, <https://makroskop.eu/2016/12/antwort-auf-martin-hoepners-und-heiner-flassbecks-artikel-nutzlose-wechselkursanpassungen/>.

Deutsche Bundesbank(6.10.2017): Deutsches Auslandsvermögen legt deutlich zu, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Themen/2017/2017_10_06_auslandsvermoegen.html?sub-mit=Suchen&searchIssued=0&templateQueryString=auslandsverm%C3%B6gen&searchArchive=0.

Dullien, Sebastian; Ulrich Fritsche (2007): Anhaltende Divergenz bei Inflations- und Lohnentwicklung in der Eurozone: Gefahr für die Währungsunion? In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 76, 4, S. 56-76.

Europäische Union: Jugendarbeitslosenquoten in den Mitgliedsstaaten im August 2017. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/>.

Felbermayr, Gabriel (2010): Schadet Deutschlands Exportpolitik den Nachbarn? In: ifo Schnelldienst 63. Jahrgang Nr. 15/2010, München: ifo Institut

Flassbeck, Heiner (1988): Preise, Zins und Wechselkurs. Zur Theorie der offenen Volkswirtschaft bei flexiblen Wechselkursen. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 23. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Flassbeck, Heiner; Friedrike Spiecker (2001): Lohnstruktur und Beschäftigung. Gutachten im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung. Berlin: Otto-Brenner-Stiftung

Flassbeck, Heiner; Paul Davidson; James K. Galbraith; Richard Koo; Jayati Ghosh (2013): Handelt jetzt! Das globale Manifest zur Rettung der Wirtschaft. Frankfurt: Westend Verlag, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-201304251409>.

Flassbeck, Heiner (2015a): Die Eurokrise und die Krise des ökonomischen Urteilsvermögens. In: Betrifft JUSTIZ Nr. 124 | Dezember 2015, Mühlthal, S. 165.

Flassbeck, Heiner; Costas Lapavistas (2015b): Nur Deutschland kann den Euro retten: Der letzte Akt beginnt. Frankfurt: Westend Verlag

Flassbeck, Heiner (2016a): Der italienische Patient. Makroskop v. 29.07.2016 und 2.8.2016, <https://makroskop.eu/2016/07/der-italienische-patient-1/>.

Flassbeck, Heiner (2016b): Ist das Eurosystem überwindbar? Eine Replik auf Busch u. a. Makroskop v. 15.12.2016, <https://makroskop.eu/2016/12/ist-das-eurosystem-ueberwindbar-eine-replik-auf-busch-u/>.

Flassbeck, Heiner u.a. (2017a): Das Schuldenproblem und die europäische Krise. Wiesbaden: Makroskop Mediengesellschaft.

Flassbeck, Heiner u.a. (2017b): Markt und Staat neu denken. Wiesbaden: Makroskop Mediengesellschaft.

FOCUS Online (2017): Finanzminister Schäuble soll Trump Wirtschafts-Nachhilfe geben. FOCUS Online v. 19.04.2017, http://www.focus.de/finanzen/news/handelsueberschuesse-finanzminister-schaeuble-soll-trump-wirtschafts-nachhilfe-geben_id_6984301.html.

Fratzscher, Marcel (2017): Handelsüberschüsse: Warum die US-Kritik an Deutschland teilweise stimmt“. Spiegel Online v. 31.01.2017, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/donald-trump-warum-die-us-kritik-an-deutschland-teilweise-stimmt-a-1132576.html>.

Galbraith, James K.; Stuart Holland; Yanis Varoufakis (2013): Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise. München: Kunstmann.

Halevi, Joseph; Nicholas J. Theocarakis; Yanis Varoufakis (2011): Modern Political Economics: Making sense of the post-2008 world. Routledge: Taylor & Francis Ltd.

Hein, Eckhard (2016): Säkulare Stagnation oder Stagnationspolitik? In: Berliner Debatte Initial 27 (2/2016).

Herrmann, Ulrike (2016): Verluste der deutschen Banken: Auf der Spur des verlorenen Geldes, taz v. 30.10.2016, <http://www.taz.de/!5348343/>.

Höpner, Martin (2013): Ein Währungsraum und viele Lohnregime. In: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 6. Jg., Heft 2/2013, S. 289-309

Höpner, Martin; Alexander Spielau (2015): Diskretionäre Wechselkursregime: Erfahrungen aus dem Europäischen Währungssystem, 1979–1998. MPiFG Discussion Paper 15/11, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

Höpner, Martin; Heiner Flassbeck (2016): Nutzlose Wechselkurskorrekturen? Makroskop v. 22.11.2016, <https://makroskop.eu/2016/11/nutzlose-wechselkurskorrekturen/>.

Höpner, Martin (2017): Reformbaustelle Währungsunion: Voran in ein EWS II? In: Flassbeck, Heiner u.a., Markt und Staat neu denken. Wiesbaden: Makroskop Mediengesellschaft.

Keynes, J. M. (1980), Closing Speech, Bretton Woods Conferences, July 22, 1944. In: D. E. Moggridge (Hg.), Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. XXVI, Activities 1941 – 1946; Shaping the Post - War World, Bretton Woods and Reparations, London. Zitiert nach Varoufakis 2016 Kindle-Positionen 5530-5532.

Kühnlenz, André (2017): Eurozone: Eine Konjunktur-Enttäuschung bahnt sich an. In: Makronom-Blog v. 11.10.2017, <https://makronom.de/eurozone-eine-konjunktur-enttaeuschung-bahnt-sich-an-23421>.

Land, Rainer (2015): 25 Jahre Deutsche Einheit – Ist das Wirtschafts- und Sozialmodell der vereinigten Bundesrepublik zukunftsfähig? In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. Heft 6, Juni 2015, <http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2010/10/Rainer-Land-25-Jahre-Deutsche-Einheit-korrigiert.-rla-3.pdf>.

- Land, Rainer (2017a): Der Irrtum der Postwachstumsdebatte (Teil 1, 2 und 3). In: Makroskop v. 04.04.2017, 25.4.2017 und 28.04.2017, <http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2017/04/2017-04-28-der-irrtum-der-postwachstumsdebatte-1-2-3.pdf>.
- Land, Rainer (2017b): Kapitalismus reloaded. Regime wirtschaftlicher Entwicklung im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert. Skript zu einem Vortrag am 22.4.2017 im Max-Lingner-Haus Berlin, http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2017/03/2017-03-12-Land_Kapitalismus-reloaded-mit-Bild.pdf.
- Land, Rainer (2017c): Ist Ökokapitalismus möglich? In: Flassbeck, Heiner u. a. Markt und Staat neu denken. Wiesbaden: Makroskop Mediengesellschaft.
- Messner, Dirk (2016): Passt das Ökologische zum Sozialen. Überlegungen in turbulenten Zeiten. Festvortrag für Erhard Eppler, Stuttgart 09.12.2016, <http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2013/09/Messner-Festvortrag-f%C3%BCr-Erhard-Eppler.pdf>.
- Mitchell, William (2017): Dystopie Eurozone: Gruppendenken und Leugnung im großen Stil. Berlin: Lola Books.
- Mosler, Warren (2017): Die sieben unschuldigen, aber tödlichen Betrügereien der Wirtschaftspolitik. Berlin: Lola Books.
- Priewe, Jan (2011): Die Weltwirtschaft im Ungleichgewicht: Ursachen, Gefahren, Korrekturen. Wiso-Diskurs Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn: Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Priewe, Jan (2017a): Ist die Eurozone vielleicht doch ein ‚optimaler Währungsraum‘?“. Makronom(blog) v. 30.01.2017, <https://makronom.de/ist-die-eurozone-vielleicht-doch-ein-optimaler-waehrungsraum-19143>.
- Priewe, Jan (2017b): Leistungsbilanzüberschüsse: Wie das ifo-Institut den neuen deutschen Merkantilismus legitimiert“. Makronom (blog) v. 09.08.2017, <https://makronom.de/leistungsbilanzueberschuesse-wie-das-ifo-institut-den-neuen-deutschen-merkantilismus-legitimiert-22424>.
- Scharpf, Fritz W. (2017): Rettet Europa vor dem Euro! In: Berliner Republik v. 14.06.2017, <http://www.b-republik.de/archiv/rettet-europa-vor-dem-euro?aut=401>
- Scharpf, Fritz W. (ohne Datum): Zurück zu nationalen Währungen, Cicero Online. <http://cicero.de/wirtschaft/zurueck-zu-nationalen-waehrungen/47548>
- Schulmeister, Stephan (2012): Mitten in der großen Krise: ein „New Deal“ für Europa. Wiener Vorlesungen im Rathaus, Edition Gesellschaftskritik 7. Wien: Picus Verlag.
- Varoufakis, Yanis (2012): Der globale Minotaurus. Amerika und die Zukunft der Weltwirtschaft. Aus dem Engl. von Ursel Schäfer., München: Verlag Antje Kunstmann (Kindle-Version).
- Varoufakis, Yanis (2016): Das Euro-Paradox: wie eine andere Geldpolitik Europa wieder zusammenführen kann. Übersetzt von Ursel Schäfer. München: Verlag Antje Kunstmann (Kindle-Version).

Varoufakis, Yanis (2017): Die ganze Geschichte: meine Auseinandersetzung mit Europas Establishment. München: Verlag Antje Kunstmann (Kindle-Version).

Zeit Online (2017): Zukunft der EU: Emmanuel Macron fordert Neugründung der EU“. Die Zeit v. 26. September 2017, Abschn. Politik. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-09/zukunft-eu-emmanuel-macron-rede>.

Datenquellen

Statista 2017: <https://de.statista.com/> Daten und Grafiken:

Abb. 1: Europäische Union: Handelsbilanzsalden der Mitgliedsstaaten im Jahr 2016 (in Milliarden Euro), <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/252105/umfrage/handelsbilanz-der-eu-laender/> (Zugriff: 31.10.2017).

Abb. 2: Daten: Eurostat: <http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database> (Zugriff: 31.10.2017); eigene Grafiken.

Abb. 3: Europäische Union & Euro-Zone: Handelsbilanzsaldo von 2006 bis 2016 (in Milliarden Euro), <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/15640/umfrage/handelsbilanz-der-eu/> (Zugriff: 31.10.2017).

Anmerkungen

- 1 Unschädlich ist, wenn Kredite, Direktinvestitionen und Transfers keine grundsätzliche Abhängigkeit des Empfängers von den Gebern schaffen, die so eingeleitete wirtschaftliche Entwicklung langfristig wieder zu ausgeglichenen Bilanzen führt und die Finanzierungsbedingungen resistent gegen Finanzkrisen und spekulative Attacken der Finanzmärkte gestaltet sind. Nachholende Entwicklung rechtfertigt mittelfristig anhaltende Überschüsse und Defizite. Aber nicht selten haben derartige Entwicklungen zu finanziellen Katastrophen geführt – endogene Pfade nachholender Entwicklung scheinen erfolgreicher.

Man bedenke, dass der gegenwärtig erfolgreichste Fall nachholender Entwicklung – China – zwar mit immensen Direktinvestitionen von Unternehmen aus den USA und anderen entwickelten Industrieländern verbunden war, aber die Zuflüsse der Direktinvestitionen seit Mitte der 1980er Jahre *niemals zu einem Handelsbilanzdefizit Chinas* geführt haben. Das chinesische Modell nachholender Entwicklung beruht darauf, die Direktinvestitionen aus den USA und anderen führenden Industrieländern durch Exporte in diese Länder zu finanzieren, mehr noch: *Exportüberschüsse* zu erzielen und gewaltige Finanzreserven in internationalen Devisen und Wertpapieren anzulegen.

China ist Empfänger von Direktinvestitionen, hat aber einen Exportüberschuss. Die USA haben einen Importüberschuss, sind aber Geber von Direktinvestitionen; ein Land, das Technologie exportiert und Massenprodukte importiert. Deutschland ist Geber von Direktinvestitionen und hat zugleich einen Exportüberschuss. Dies sind drei ganz verschiedene Konstellationen.

Die chinesische Strategie, Direktinvestitionen zu empfangen, diese aber nicht durch Verschuldung, sondern durch Exportüberschüsse aus einer Gläubigerposition heraus zu finanzieren, war und ist sehr erfolgreich. Sie setzt umgekehrt das Interesse von global aufgestellten US-Unternehmen (und anderen westlichen Unternehmen) voraus, China als Produktionsstandort mit vergleichsweise geringen Löhnen auszunutzen, um dort Waren herzustellen, die für entwickelte Ländern mit hohen

Einkommen vorgesehen sind und dorthin *exportiert* werden sollen, also vor allem in den USA, und die dort durch *Defizite*, Verschuldung von privaten und öffentlichen Haushalten, finanziert werden müssen. Die westlichen Unternehmen konnten so (Lohn-)Kosten senken, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern und höhere Gewinne erreichen. Dabei konnte China Konditionen durchsetzen, die den Zugang zu moderner westlicher Technologie ermöglichten, ohne die Kontrolle über die in China agierenden westlichen Unternehmen zu verlieren (Regeln für Sonderwirtschaftszonen und Joint-Venture). China wurde nie abhängig von globalen Finanzmärkten. Spätestens seit der Finanzkrise versucht China, dieses Modell exportorientierter nachholender Industrieentwicklung auf eine mehr binnenorientierte Entwicklung umzustellen und schrittweise aus der Überschussposition heraus zu kommen, vor allem durch steigende Löhne und den Umbau der Produktpalette (z.B. erneuerbare Energie, Autos, Konsumgüter für den Binnenmarkt). Man wird sehen, welche Probleme dabei auftreten und ob es gelingt.

Die Kombination von Direktinvestitionen mit Handelsbilanzdefiziten (mit Verschuldung also), typisch für einige andere Entwicklungsländer, scheint dagegen selten erfolgreich.

- 2 Vgl.: Flassbeck u.a. 2013, 2015b, 2017a, 2017b, Flassbeck 2015a, 2016b; Priewe 2017a und 2017b, Borger 2017, Fratzscher 2017, anders argumentieren z.B. Felbermayr 2010 und Schäuble lt. Focus Online v. 19.04.2017.
- 3 Die Idee, irgendwann in der Zukunft die akkumulierten Finanzmittel einzusetzen, um Güter zu kaufen, scheidet in der Regel, weil sie nur umsetzbar wäre, wenn das Überschussland zum Defizitland würde, sich also strukturell auf eine importorientierte Industrie- und Konsumstruktur und auf eine Kultur des Entsparen umstellte.
- 4 Auch eine steigende Sparquote ohne steigende Binneninvestitionen könnte zu Exportüberschüssen führen. In Deutschland aber spielt dies nur eine untergeordnete Rolle, die Sparquote der Haushalte ist bis 1999 gesunken, seither schwankt sie zwischen 9,5 und 10,5 Prozent, erklärt also die zurückbleibende Inlandsnachfrage nicht hinreichend.
- 5 Steigende Löhne führen im Inland zu einer steigenden Binnennachfrage, daher zu Produktionswachstum und mehr Beschäftigung.
- 6 So argumentiert Warren Mosler (2017): „*Importe sind reale Nutzen, Exporte sind reale Kosten. [...] Ein Handelsbilanzdefizit erhöht in Wirklichkeit unseren realen Lebensstandard. [...] je höher das Handelsbilanzdefizit, desto besser.*“ (S. 72) Dies gilt aber nur für die USA und nur unter zwei Voraussetzungen. Erstens dürften die Importe nicht zu einer Reduzierung der eigenen Produktion, zu Arbeitslosigkeit und Einkommenseinbußen führen. Nur wenn die US-Regierung durch entsprechende hohe Budgetdefizite dafür sorgen würde, dass die Wirtschaft voll ausgelastet ist und Vollbeschäftigung gegeben wäre, würden durch Defizit finanzierte Importe einen zusätzlichen realen Nutzen bringen. Das ist aber nicht der Fall. Tatsächlich haben insbesondere die Republikaner hohe Budgetdefizite verhindert, weshalb der Importüberschuss faktische Arbeitsplatzverluste zur Folge hat. Und zweitens müssten die Überschussländer die Währung des Defizitlandes bzw. Schuldscheine des Staates und der Banken des Defizitlandes *unbeschränkt* akzeptieren, wie dies *nur* beim Dollar der Fall ist, vielleicht aber nicht in alle Zukunft. Mit anderen Worten: Sie dürfen nicht merken, dass sie durch den Export einen realen Schaden haben, und nicht fürchten, der Dollar könnte erheblich an Wert verlieren. Da beides nicht der Fall ist, schadet das Handelsbilanzdefizit nicht nur den Überschussländern, sondern auch den USA, zumindest den Arbeitnehmern, der Mittelschicht und den normalen Haushalten. Nur die Banken und Finanzmarktakteure verdienen an der Finanzierung des Defizits.
- 7 Matrix Revolutions, Lana & Lilly Wachowski (Regie), USA 2003, https://de.wikiquote.org/wiki/Matrix_Revolutions.

**221/
222**

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte und
Gesellschaftspolitik

Perspektiven des Datenschutzes nach der EU-Datenschutzgrundverordnung



SCHWERPUNKT:

Thilo Weichert: Die Europäische
Datenschutz-Grundverordnung

Alexander Roßnagel: Was bewirkt
die DSGVO für den Datenschutz?

Peter Schaar: Deutscher
Sonderweg beim Datenschutz?

M. Hansen / S. Polenz: Wichtige
Neuerungen aus Verbrauchersicht

Clemens Heinrich Cap:
Privacy by Design – Chancen eines
programmierten Grundrechts

HINTERGRUND:

HU-Bundesvorstand: Bürgerrechtliche
Bewertung des Koalitionsvertrags

Eva Gschwendtner:
Die Debatte um den §219a StGB

Rosemarie Will: Ein Minister, ein
Bundesamt und ein Rechtsgutachten

Zahra N. Jamal: Bürgerrechte und
Aktivismus in Trumps Amerika - der
Fall Houston, Texas

Johann-A. Haupt: Dokumentation
der Staatsleistungen an die Kirchen

Rainer Land

Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen zerstören die Eurozone und gefährden die Europäische Union (II)

Im ersten Teil seines Beitrags (in Heft Nr. 220) erklärte Rainer Land, welche ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Probleme mit den Überschüssen in Außenhandelsbilanzen (und den notwendigen Defiziten anderer Länder) verbunden sind. Im zweiten Teil geht er auf die verschiedenen Ursachen für unterschiedliche Produktivitätsniveaus und die daraus entstehenden Differenzen in den Handelsbilanzen ein (etwa die Bevölkerungsstruktur, regionalen Infrastruktur- und Synergiebedingungen). Solche Differenzen wurden früher durch variable Wechselkurse (weitgehend) ausgeglichen. Mit der Einführung des Euros entfällt diese Möglichkeit des Ausgleichs für den europäischen Wirtschaftsraum. Zugleich fehlt es an einer europäischen Lösung, die eine adäquate Entwicklung der nationalen Lohnniveaus mit der Produktivität in den einzelnen Mitgliedstaaten gewährleisten könnte. Land zeigt, inwiefern die Wirtschafts- und Währungskrisen im gegenwärtigen Zustand unvermeidbar sind – und benennt mögliche Auswege.

Teil II: Überschüsse und Defizite im Detail – Ursachen und Ausgleichsmechanismen

4. Warum gibt es Überschüsse und Defizite?

Um zu verstehen, wie Überschüsse und Defizite zustande kommen, muss man sich mit drei Faktoren befassen: a) regionalen Unterschieden in der Produktivität, b) regionalen Unterschieden in der Bevölkerungszusammensetzung, vor allem dem Verhältnis der Zahl der Erwerbstätigen zur Einwohnerzahl und c) mit der Funktionsweise der Ausgleichsmechanismen, insbesondere den Transfersystemen sowie den differenzierten Lohnniveaus und ihrer Anpassung, die Veränderung von Wechselkursen eingeschlossen.

Überschüsse und Defizite gibt es *zwischen Regionen* innerhalb einer Volkswirtschaft sowie *zwischen den Volkswirtschaften*. Der Vergleich kann helfen, die Ursachen und die

Funktionsweise der Ausgleichsmechanismen zu verstehen. Allerdings funktioniert der Ausgleich innerhalb einer Volkswirtschaft ganz anders als zwischen Volkswirtschaften.

4.1. Produktivitätsdifferenzen⁸

Die Produktivität in Ostdeutschland betrug 1989 etwa 44 Prozent der westdeutschen. Sie sank durch den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft zunächst (1991) auf 35 Prozent und stieg bis 2013 auf rund 76 Prozent der westdeutschen Produktivität (Land 2015, Tabelle). Vieles weist darauf hin, dass sich dieser Abstand derzeit kaum verringert. Ein Rückstand von 35 zu 100 lässt sich nur in einer außergewöhnlichen Situation und mit besonderen Anstrengungen verkraften. Auch der heutige Rückstand (75 bis 80) ist nicht unproblematisch.

Zwischen eigenständigen Volkswirtschaften sind solche Differenzen hingegen nicht selten. So haben die Euroländer Estland, Portugal, Griechenland im Vergleich zu Frankreich, einem großen Industrieland mit der höchsten Produktivität in der EU, eine Produktivität von 25, 38 bzw. 44 Prozent, während Deutschland 94 Prozent erreicht (s. Abbildung 4).⁹

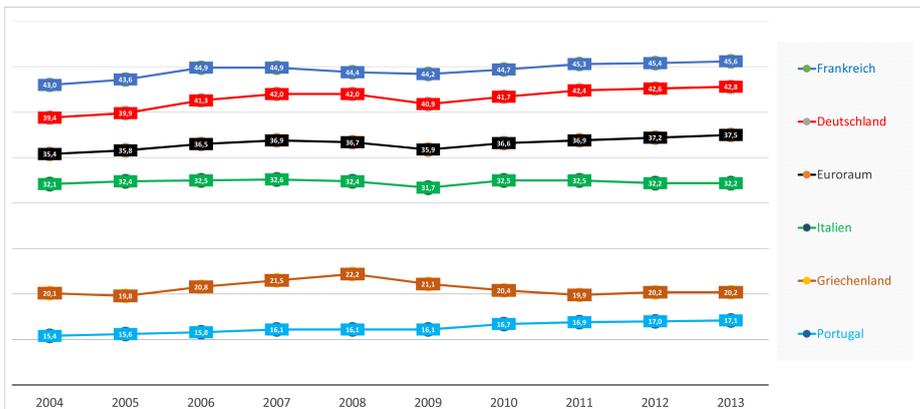


Abb. 4: Reale Arbeitsproduktivität in Euro pro Arbeitsstunde zu konstanten Preisen (Quelle: Eurostat © Europäische Union, 1995-2017, eigene Grafik)

Folgende Gründe spielen eine Rolle: Erstens sind regionale Unterschiede der Produktivität durch die unterschiedliche Ressourcenausstattung, den Industrialisierungsgrad und die Wirtschaftsstruktur bedingt; sie spiegeln die pfadabhängige Entwicklung und Industrialisierungsgeschichte der einzelnen Regionen wider. Solche Differenzen sind unvermeidlich. Nicht jeder Unterschied in Ressourcen und Wirtschaftsstruktur hat unterschiedliche Produktivitätsniveaus zur Folge. Eine Region, die starke Kapazitäten im Bereich der Elektronik hat, kann mit einer anderen Region, in der starke Medien-

oder Umweltunternehmen entstanden sind, durchaus auf gleichem Produktivitätsniveau (Wertschöpfung pro Arbeitsstunde) liegen.

Bei der Produktion fern-handelbarer Güter in modernen Industriegesellschaften, deren Preise weitgehend von überregionalen Märkten bestimmt werden, sind die Produktivitätsunterschiede weniger auf einzelbetriebliche Differenzen, sondern eher auf Synergieeffekte in Clustern zurückzuführen. Der Produktivitätsrückstand in Ostdeutschland (76 % im Jahr 2013) dürfte weder auf technologische Rückstände noch auf mangelhafte Qualifikation oder Motivation zurückzuführen sein. Ein einzelner Maschinenbaubetrieb in Mecklenburg könnte nicht überleben, wenn er deutlich schlechtere Produkte oder mit viel höheren Kosten produzieren würde. Die Angleichung des technologischen Niveaus führt aber nicht automatisch zu einer gleichen regionalen Produktivität. Ein High-Tech-Cluster aus vielen miteinander kooperierenden, aber auch im Wettbewerb stehenden Unternehmen (Forschung und Entwicklung, unternehmensbezogene Dienstleistungen und Infrastruktur eingeschlossen), wird viele innovative und hochpreisige Produkte herstellen und immer wieder neue entwickeln können. Im Ergebnis ist die Wertschöpfung des Clusters pro Beschäftigten bzw. pro Arbeitsstunde höher. Ein einzelner Maschinenbaubetrieb, wie etwa der Schiffsschraubenhersteller in Mecklenburg oder der Hersteller von sehr speziellen Operationstischen für Krankenhäuser in Thüringen, ist für sich genommen wahrscheinlich nicht weniger produktiv als ein vergleichbarer Betrieb in Baden-Württemberg oder in Boston (Massachusetts). Aber in peripheren Regionen gibt es weniger solche Betriebe und der Anteil der Beschäftigten in prosperierenden Branchen ist geringer.

In der Regel sind Regionen in verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungszyklen. Eine Region, in der neue und expandierende Wirtschaftszweige entstanden sind (*Silicon Valley*), ist in einer anderen Lage als eine altindustrielle Region (Ruhrgebiet, Lausitz), in der bestimmte Produktionszweige überflüssig werden, schrumpfen oder ganz verschwinden und deren Produkte ausgesondert werden. Daher gibt es Regionen, die früher Überschüsse hatten, jetzt aber ein Produktionsdefizit aufweisen (z.B. die Lausitz, Teile des Ruhrgebiets, Schiffbaustandorte), und solche, die früher niedrige Einkommen hatten, jetzt aber prosperierende Überschussregionen geworden sind (wie Teile von Bayern).

Eine zweite Ursache sind Preisdifferenzen bei nicht fern-handelbaren, lokalen Gütern. Solche Güter und Dienstleistungen sind ein beträchtlicher Teil des regionalen Umsatzes (30 bis 40 Prozent). Dazu gehören Bauleistungen, lokales Handwerk, personenbezogene und andere Dienstleistungen, ein Teil des Einzelhandels und des Gastgewerbes. Dabei sind regionale Preisdifferenzen für die Produktivitätsunterschiede relevant. Kostet eine Bauleistung in München das Vierfache im Vergleich zu Friedland (Mecklenburg), dann ist auch die Produktivität (BIP pro Stunde) entsprechend höher, selbst wenn es keine Unterschiede in der Technologie gibt. Ein Friseur, der zwei Köpfe pro Stunde frisiert, bekommt in München 50 Euro dafür, in Putlitz hingegen nur 25. Der Münchener Friseur ist – wirtschaftlich betrachtet – doppelt so produktiv, obwohl er technologisch (Köpfe pro Stunde) die gleiche Produktivität hat (vgl. Anm. 8).

Drittens ist die Zusammensetzung der Bevölkerung von Bedeutung, zwar nicht für die Produktion pro Arbeitsstunde, aber pro Einwohner. Vergleichen wir zwei Regionen A und B mit je 5.000 Einwohnern, die dieselbe Arbeitsproduktivität von 50 Euro

pro Stunde haben sollen. In der Region A sind 2.000 Einwohner beschäftigt, in der Region B 3.000. In A beträgt die Wertschöpfung pro Einwohner und Stunde dann 20 Euro, in der Region B 30 Euro pro Stunde, obwohl die Produktivität pro Arbeitsstunde gleich ist. Bezogen auf die Einwohnerzahl ist die Region B 50 Prozent produktiver. Die Bevölkerungszusammensetzung beeinflusst die Produktivität im Verhältnis der Regionen zueinander. Je höher der Anteil von nicht erwerbstätigen Personen (Rentnern, Kindern, Arbeitslosen), desto geringer ist die regionale Produktivität bezogen auf die gesamte Einwohnerzahl.

Auch im Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland spielt dies eine Rolle. Bezogen auf die Arbeitsstunde lag das ostdeutsche BIP bei 76 Prozent des westdeutschen (2013), bezogen auf die Einwohnerzahl aber nur bei 66 Prozent (vgl. Land 2015, Tabelle). Der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung war in Ostdeutschland wegen der Abwanderung seit 1990 deutlich geringer, die Produktivität (bezogen auf die Einwohnerzahl) entsprechend niedriger. Diese Differenzen wären noch höher, wenn man periphere Regionen wie Vorpommern mit Jena oder Hamburg verglichen würde.

Zusammengefasst: Produktivitätsdifferenzen ergeben sich a) aus Produktivitätsunterschieden bei der Herstellung überregional handelbarer Güter (Produktpalette, Ressourcenausstattung, Forschung und Entwicklung, Qualifikation, Clustereffekte), b) aus den Preisdifferenzen bei nicht handelbaren Gütern und c) aus der Relation der Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung.

Die Ausgleichsmechanismen für Produktivitätsdifferenzen innerhalb einer Volkswirtschaft und zwischen Volkswirtschaften unterscheiden sich grundsätzlich. Innerhalb einer Volkswirtschaft sind Transfers entscheidend, Lohn Differenzen spielen eine nachgeordnete Rolle. Zwischen Volkswirtschaften spielen Transfers eine geringe Rolle, der Ausgleich erfolgt hauptsächlich durch *differente Lohnniveaus*.

4.2. Ausgleichsmechanismen innerhalb einer Volkswirtschaft

In einem geschlossenen Wirtschaftssystem – einer aus mehreren Regionen bestehenden Volkswirtschaft (vom Außenhandel wird jetzt abgesehen) – muss immer genau so viel verbraucht, d.h. konsumiert plus investiert werden (real, d.h. in Form von Gütern und Leistungen), wie produziert wurde. Produziert eine Region innerhalb einer Volkswirtschaft mehr als sie verbraucht, hat sie einen Überschuss, was aber nur möglich ist, wenn eine andere Region mehr verbraucht, als sie produziert. Solche Differenzen sind innerhalb einer Volkswirtschaft normal. In Deutschland beispielsweise dürften viele Regionen in Baden-Württemberg mehr produzieren als sie verbrauchen, während im Ruhrgebiet oder in Sachsen-Anhalt Defizitregionen überwiegen dürften. In Mecklenburg-Vorpommern dürfte Stavenhagen eine Überschussregion sein, während Friedland und Woldegk weniger produzieren, als sie verbrauchen.

Überschüsse und Defizite müssen sich ausgleichen: Waren, Güter und Dienstleistungen wandern aus den Überschuss- in die Defizitregionen, aber die Zahlungen dafür bewegen sich in umgekehrte Richtung, denn die regional importierten Waren müssen natürlich bezahlt werden. Woher aber nehmen Defizitregionen das „Geld“ (eigentlich:

das Einkommen), um den Import aus den Überschussregionen zu bezahlen? Die eigenen interregionalen Exporte reichen jedenfalls nicht. Gäbe es keinen finanziellen Zufluss, müssten die Haushalte, die Regionalverwaltung und/oder die Unternehmen ihre Ausgaben für Löhne, Investitionen und öffentliche Ausgaben reduzieren – was teilweise aus rechtlichen Gründen nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist (z.B. Renten, Sozialausgaben, Gesundheit, Schule) und zudem die Region in eine Abwärtsspirale ziehen würde (z. B. wenn die Löhne regional sinken, die Bevölkerung daher stärker abwandert, die Wirtschaftsleistung weiter abnimmt usw.).

Die Einnahmen aus dem Güterexport sind in der Überschussregion laufend höher als die Ausgaben, in der Defizitregion laufend geringer. Der Warenaustausch zwischen beiden ist nur möglich, wenn die Differenz finanziell laufend ausgeglichen wird, und zwar durch *Finanztransfers* aus den Überschuss- in die Defizitregionen. Die Überschussregionen müssen ihren Warenexport in die Defizitregionen mittels Transfers irgendwie selbst bezahlen – aber wie?¹⁰

Welche Transfers kommen in Frage? Zunächst private Transfers, z.B. von Pendlern, die in der Überschussregion arbeiten, aber einen Teil des Einkommens am Familiensitz in der Defizitregion ausgeben oder an die Familie „zu Hause“ überweisen. Große Bedeutung haben die Transfers der Sozialsysteme: In der Überschussregion wird laufend mehr in die Sozialsysteme ein- als ausgezahlt, weil es hier relativ zur Gesamtbevölkerung mehr gut verdienende sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gibt. Umgekehrt in der Defizitregion, weil es hier relativ mehr Rentenempfänger, Arbeitslose und Sozialleistungsempfänger gibt. Der dritte große Block sind die laufenden Staatsausgaben, der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern, Regionen und Kommunen und schließlich die privaten und öffentlichen Investitionen sowie die Wirtschaftsförderung. Würden diese Transfers nicht die interregionalen Handelsbilanzsalden ausgleichen, käme der Güterverkehr zwischen den Regionen zum Erliegen, die Überschüsse könnten nicht abgesetzt werden. Überschuss- wie Defizitregionen würden dabei verlieren: die Überschussregion würde Einnahmen und Einkommen verlieren und die Defizitregion die benötigten Produkte nicht mehr bekommen; sie würden erodieren und verfallen. Ohne den Ausgleich regionaler Überschüsse und Defizite würde die Volkswirtschaft in kleinere Einheiten mit insgesamt deutlich niedrigerem Produktivitätsdurchschnitt und stark unterschiedlichen Einkommensniveaus zerfallen.

Finanztransfers zwischen den Regionen sind eine unverzichtbare Voraussetzung für das Funktionieren einer großen Volkswirtschaft, in der es eine gemeinsame Währung gibt und in der annähernd gleiche Lebensbedingungen die Integration der Bevölkerung zu einer Nation gewährleisten. Innerhalb einer Volkswirtschaft können Lohnunterschiede die Produktivitätsdifferenzen nur eingeschränkt kompensieren. Würde man Produktivitätsniveaus von mehr als 20 oder 30 Prozent durch entsprechende Lohnunterschiede ausgleichen wollen, wären weniger produktive Regionen bald entvölkert. Zwar werden die Lohnniveaus in schwächeren Regionen in der Regel etwas niedriger sein, aber innerhalb einer Volkswirtschaft dürfen die Abweichungen nicht sehr groß werden. Relevant ist auch, ob diese Unterschiede zu- oder abnehmen, die Regionen also divergieren oder konvergieren. Werden die Unterschiede in Produktivität, Einkommen, Beschäftigung und Infrastrukturausstattung größer, dann müssen die Transfers wachsen, was zu andauernden Auseinandersetzungen um die Neujustie-

rung insbesondere der staatlichen Transfers führt – und zu wachsenden Pendlerströmen sowie einer Abwanderung. Eine konvergente Entwicklung auf der Basis komplementärer Wirtschaftsstrukturen hingegen verringert die notwendigen Transfers.

4.3. Handel zwischen selbständigen Volkswirtschaften

Zwischen Volkswirtschaften gibt es in vielen Fällen größere Produktivitätsdifferenzen als innerhalb einer Volkswirtschaft. Eine Produktivitätsdifferenz von 25, 40 oder 70 zu 100 (Estland, Spanien, Italien zu Frankreich) auszugleichen, würde Transfers in Höhe von vielen Milliarden Euro pro Jahr benötigen. Ein Ausgleich durch Transfers in diesen Größenordnungen wäre unvorstellbar. Der deutsche Handelsbilanzüberschuss 2016 betrug 252 Mrd. EUR, Frankreich hatte ein Defizit von 71 Mrd. Euro. Man sieht: Überschüsse und Defizite hängen nicht zwangsläufig von den Produktivitätsdifferenzen ab. Warum sollte Frankreich zum Ausgleich des Handelsbilanzdefizits Transfers von Deutschland bekommen, obwohl es genauso produktiv ist (genau genommen: sogar etwas produktiver)?

Ein Ausgleich durch Transfers ist aber auch nicht nötig, denn zwischen verschiedenen Volkswirtschaften werden Produktivitätsdifferenzen nicht durch Transfers, sondern durch unterschiedliche Lohnniveaus ausgeglichen. Zwischen Volkswirtschaften gibt es kein einheitliches Lohnniveau, es gibt auch keine praktischen und rechtlichen Mechanismen (Lohnfindung, Sozialsysteme, Steuersysteme), die ein einheitliches oder angenähertes Lohnniveau herbeiführen könnten. Weder die EU noch die Eurozone sind eine einheitliche Volkswirtschaft – und es ist m.E. auf absehbare Zeit auch nicht vorstellbar, dass sie es werden.

Im Handel zwischen eigenständigen Volkswirtschaften aber gilt: Den Produktivitätsniveaus sollten die Lohnniveaus entsprechen. Ein Land mit der doppelten Produktivität hat doppelt so hohe Löhne und damit auch eine Nachfrage, die der Produktion entspricht. Exportiert es einen Teil der Produktion, entsteht eine der Höhe nach identische Nachfrage nach Importen.

Dynamisch formuliert: Wächst die Produktivität um angenommen 3 Prozent, werden also 3 Prozent mehr Güter und Leistungen hergestellt, müssen auch die Löhne um den gleichen Betrag wachsen, um die Nachfrage nach Konsumgütern und ggf. nach Investitionsgütern für neue Produkte auf gleichem Niveau zu halten. Nimmt dabei der Anteil an Exporten zu, wird im Normalfall entsprechend mehr importiert, nehmen Exporte ab, sinkt automatisch die Nachfrage nach Importen.

Entsprechen die Lohnniveaus strukturell und der Tendenz nach den Produktivitätsniveaus, gibt es *keine Überschüsse und Defizite* im Handel bzw. diese treten nur temporär auf, wachsen nicht über die Jahre an. Die Handelsbilanzen gleichen sich mittelfristig aus.

Das bedeutet allerdings in der Umkehrung: Überschüsse und Defizite können auch bei gleichen oder ähnlichen Produktivitätsniveaus auftreten, und zwar dann, wenn die Lohnniveaus voneinander abweichen. Dies erklärt die Handelsbilanzdifferenzen zwischen Deutschland und Frankreich: Das deutsche Lohnniveau ist im Verhältnis zur Produktivität ca. 25 Prozent zu niedrig, daher importiert Deutschland zu wenig.

Überschüsse und Defizite im Handel zwischen selbständigen Volkswirtschaften können spiegelbildlich zwei Ursachen haben: Produktivitätsdifferenzen, die nicht durch entsprechende Differenzen der Durchschnittslöhne kompensiert werden, oder umgekehrt Lohndifferenzen, die nicht auf Produktivitätsdifferenzen basieren. **Die Abweichung der Lohn- von den Produktivitätsdifferenzen ist die wichtigste Ursache der Eurokrise.**

4.4. Ausgleich durch Wechselkurse

Im „klassischen“ Normalfall, der galt im Prinzip bis in die 1970er Jahre, können Überschüsse und Defizite zwischen verschiedenen Volkswirtschaften nicht sehr hoch werden, wenn sie autonome Währungen haben und die Wechselkurse frei schwanken (*floaten*) oder in einem System fester Wechselkurse regelmäßig an die Preisentwicklung und die Leistungsbilanz angepasst werden.

Die Veränderungen des Wechselkurses gleichen normalerweise die Handelsbilanz so aus, dass nur kleine Überschüsse oder Defizite zwischen den Volkswirtschaften entstehen können. Angenommen, eine Volkswirtschaft erzielt Exportüberschüsse und hat mehr Einnahmen in fremder Währung als Ausgaben für Importe. Auf dem Devisenmarkt würde dann mehr Währung des Defizitlandes angeboten, während es einen Nachfrageüberschuss der Währung des Überschusslandes gäbe. Die Währung des Defizitlandes würde abwerten, die des Überschusslandes aufwerten, d.h. die Preise der Exportgüter steigen, die der Importgüter sinken, der Export geht zurück, der Import steigt, solange, bis Export und Import ausgeglichen sind und es keine Differenz zwischen Angebot und Nachfrage der Währungen mehr gibt. Dies geschieht nicht augenblicklich, aber in der Tendenz; allerdings nur dann, wenn der Kurs ganz überwiegend von den Handelsströmen realer Güter und Dienstleistungen abhängt und durch Kapitalmarktflüsse, Interventionen und Spekulationen nicht erheblich modifiziert wird.

Überschüsse oder Defizite entstehen, wenn die Wechselkurse von den Paritäten der Handelsbilanz abweichen. Dies geschieht, wenn die Nachfrage und das Angebot nach Währungen auf den Devisenmärkten in erheblichem Maße von anderen Faktoren als dem Handel bestimmt werden. Dies kann im Prinzip drei Ursachen haben.

Erstens intervenieren die Zentralbanken, um Kurse zu beeinflussen, z.B. einen Kurs in einem vereinbarten Fenster zu halten, wenn ein Land an einem System fester Wechselkurse teilnimmt. Die Zentralbank gleicht die Differenz zwischen Einnahmen aus Exporten und Ausgaben aus Importen laufend aus, indem sie Währungsreserven auf den Markt wirft oder die Zinsen anhebt oder absenkt, um den Zustrom oder Abstrom von Devisen zu beeinflussen. Diese Interventionen sind kein Problem, wenn sich Überschüsse und Defizite mittelfristig ausgleichen, in einem Jahr also Devisen zufließen, im anderen abfließen. Es wird aber sehr teuer, wenn die Differenzen hoch sind und längere Zeit anhalten. Dies hat in den Währungssystemen von *Bretton Woods* und den Europäischen Währungssystemen I und II immer wieder zu erheblichen Spannungen und schließlich zum Ende dieser Systeme geführt (vgl. Varoufakis 2016 und Mitchell 2017).

Zentralbanken intervenieren auch, um einen bestimmten Wechselkurs aus politischen Gründen zu beeinflussen, z.B. um die Exportwirtschaft durch Unterbewertung

zu stützen oder Kapitalströme ins Land zu locken. Interventionen der Zentralbanken sind für Überschussländer leichter, denn sie können abwerten bzw. Aufwertungen entgegenwirken, indem sie die eigene Währung auf den Markt werfen, also die Währung, die sie unbegrenzt selbst schöpfen können. Überschussländer haben bei Bedarf auch die Mittel für eine Aufwertung, da die Zentralbanken von Überschussländern in der Regel hohe Bestände an Fremdwährungsdevisen besitzen.

Die Anpassungslast liegt bei den Defizitländern. Wenn diese nicht abwerten wollen, müssen sie Fremdwährungen auf den Markt werfen und ihre eigene Währung zurückkaufen. Interventionen in einer Währung, die man nicht selbst emittieren kann, sind aber nur begrenzt möglich und teuer, da die Defizitländer in der Regel keine Gelegenheit hatten, Fremdwährungen anzusammeln (dies setzt nämlich vorherige Handelsbilanzüberschüsse voraus). In einem System fester Wechselkurse sind Länder mit Handelsbilanzdefiziten die Benachteiligten: sie müssen die Anpassungslast tragen, obwohl sie eigentlich die Schwächeren sind.¹¹

Für Defizitländer sind Abwertungen die wirtschaftlich bessere Lösung. Italien war wirtschaftlich erfolgreich (wenn man Erfolg nicht am Außenhandelsüberschuss, sondern am Beschäftigungs-, Einkommens- und Lebensniveau der Bevölkerung misst), bis es sich dem Euro angeschlossen hat und seine Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch Abwertung erhalten konnte. Heute leidet es unter hoher Arbeitslosigkeit, sinkenden Einkommen und zunehmender Abhängigkeit von den Finanzmärkten.

Zweitens können Wechselkurse von den zum Ausgleich der Handelsbilanzen erforderlichen Paritäten abweichen, wenn es erhebliche Kapitalströme gibt. Das ist typisch für die USA, seit es ein wachsendes Handelsbilanzdefizit gibt (beginnend in den 1960er Jahren), das nicht durch eine entsprechende Abwertung des Dollars kompensiert wird. Das Handelsbilanzdefizit muss dann durch Verschuldung ausgeglichen werden, also durch einen Strom Finanztiteln aus dem Defizitland USA in die Überschussländer (China, Japan, Deutschland u.a.), d.h. durch die Zahlung von Dollar oder den Verkauf auf Dollar lautender Wertpapiere (vor allem Staatsanleihen). In den Banksystemen und bei den Anlegern der Überschussländer sammeln sich dann Dollar- und Wertpapierbestände, denen US-Schulden entsprechen (und die in den Tresoren bzw. digitalen Datenbanken der Überschussländer auf ihre Abwertung warten, denn eine Rückzahlung ist praktisch ausgeschlossen). Durch die Bedeutung des Dollars, der amerikanischen Finanzplätze und der US-Staatsanleihen als weltweit wichtigster und sicherster Finanzanlage sowie durch ein vergleichsweise hohes Zinsniveau konnte seit den 1970er Jahren Jahr für Jahr genug Kapital in die USA gezogen werden, um deren Defizite in der Handelsbilanz und im Staatshaushalt zu finanzieren. Der Dollar war und ist die wichtigste Reservewährung. Viele Regierungen, Unternehmen, Versicherungen und Banken benötigen und halten Dollarreserven oder kaufen auf Dollar lautende Wertpapiere, auch weil diese hohe Sicherheit und respektable Renditen versprechen (vgl. Varoufakis 2012).

Drittens können Wechselkurse durch spekulative Kapitalbewegungen manipuliert werden, allerdings nicht anhaltend. Auch dabei können temporär Wechselkurse entstehen, die von den Handelsparitäten erheblich abweichen und die zuweilen katastrophale Währungskrisen auslösen. Untersuchungen zeigen, dass die Finanzmärkte auch unabhängig von Währungskrisen keine den Preisparitäten entsprechenden Kurse ge-

nerieren, mal sind sie zu hoch, mal zu niedrig, also fast immer falsch für den aktuellen Handel und die Realwirtschaft. Dass dabei über mehrere Jahre durchschnittlich die richtigen Preisparitäten herauskommen, hilft wenig, denn der Handel orientiert sich an aktuellen Preisen, nicht an langfristigen Durchschnitten. Permanente Fehlallokationen sind im finanzmarktgesteuerten Kapitalismus normal: mal wird zu viel, mal zu wenig investiert, mal erscheint eine bestimmte Technologie rentabel, dann wieder nicht (vgl. Schulmeister 2012: 25ff, 51f).

In der EU gab es nach dem Ende des internationalen Währungssystems von *Bretton Woods*, in dem alle wichtigen Währungen fest an den Dollar gebunden waren, mehrere Versuche, in Europa ein System fester, aber anpassbarer Wechselkurse einzurichten. Diese Systeme – Währungsschlange, EWS I und EWS II – haben mal besser, mal schlechter funktioniert. Es gibt eine interessante wissenschaftliche Auseinandersetzung darum, ob die Vorteile oder die Nachteile dieses Systems im Vergleich zum Eurosystem überwiegen haben, worin die Ursachen der Funktionsdefizite bestanden. (Höpner/Spielau 2015, Höpner 2013, Höpner/Flassbeck 2016, Busch u.a. 2016b, Flassbeck 2016b)

5. Der Sonderfall Eurozone: unterschiedene Volkswirtschaften haben eine gemeinsame Währung

Mehrere verschiedene Volkswirtschaften, erhebliche Produktivitätsdifferenzen, unterschiedliche Sozialsysteme – mit einer gemeinsamen Währung? Kann das funktionieren? Zweifel gab es von Anfang an.

Innerhalb der Eurozone gilt eine gemeinsame Währung, trotzdem handelt es sich nicht um eine einheitliche Volkswirtschaft. Die Unterschiede sind nicht regionaler, sondern nationaler Art. Der Grund sind zunächst (1) die erheblichen Differenzen in den Lohnniveaus, vor allem aber, dass es keinen übergreifenden gemeinsamen Mechanismus der Regulierung der Löhne und Einkommen gibt: Arbeitsrecht, Lohnabschlüsse, Tarifverträge und Sozialsysteme werden in den Nationalstaaten geregelt. Die Lohnniveaus ergeben sich als Folge nationaler Lohnfindung, in Deutschland durch Aushandlung der Tarifpartner in einem rechtlich geregelten Rahmen. (2) Ein einheitliches Lohnniveau setzt den freien Fluss von Arbeitskräften ohne relevante politische, rechtliche, aber auch sprachliche Barrieren voraus.¹² (3) Fehlen die politischen, rechtlichen, kulturellen Voraussetzungen für einen umfassenden Transfermechanismus, wie er zum Ausgleich von Überschüssen und Defiziten innerhalb einer Volkswirtschaft benötigt wird (4), wären die Größenordnungen der benötigten Transfers (mehrere hundert Milliarden pro Jahr) viel zu hoch.

Statische Betrachtung: Zwischen Volkswirtschaften werden volkswirtschaftliche Produktivitätsdifferenzen (vgl. Anm. 8) durch Lohn- und Einkommensdifferenzen kompensiert. Der Ausgleich wäre vollständig, wenn sich die Lohnniveaus wie die Produktivitätsniveaus verhalten. Ist die volkswirtschaftliche Produktivität in Staat A doppelt so hoch wie in B, dann sollten auch die Löhne und die davon abhängigen Masseneinkommen (Renten vor allem) doppelt so hoch sein. Auch die Gewinne wären doppelt so hoch, Lohnquote und volkswirtschaftliche Gewinnraten hingegen etwa gleich.

Dann würden keine größeren Überschüsse und Defizite im Außenhandel entstehen können (mal wieder unterstellt, die Einflüsse der Finanzmärkte und der Spekulationen wären klein bzw. könnten hinreichend klein gehalten werden).

Das Verhältnis von Lohn (Bruttoentgelt pro Arbeitsstunde) und Produktivität (BIP pro Arbeitsstunde) wird in den Lohnstückkosten gemessen:

$$\text{Lohnstückkosten} = \frac{\text{Lohn}}{\text{BIP}} = \frac{\text{Stundenlohn}}{\text{Stunden} \cdot \text{Produktivität}} = \frac{\frac{\text{Lohn}}{\text{Stunde}}}{\frac{\text{BIP}}{\text{Stunde}}}$$

Wenn in zwei Ländern die Proportionen zwischen Stundenlohn und Produktivität gleich sind, z.B.

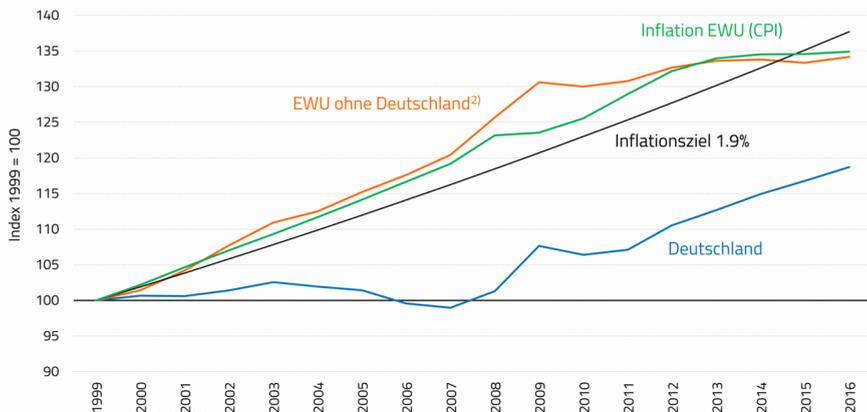
$$\frac{20}{40} = \frac{30}{60} = \frac{80}{160} = 0,5$$

sind auch die Lohnstückkosten gleich, d.h. die beiden Volkswirtschaften wären preislich gleich wettbewerbsfähig. Dynamisch betrachtet: Steigen die Löhne so wie die Produktivität, bleibt die Wettbewerbsfähigkeit auch bei unterschiedlichen Produktivitätstendenzen erhalten. Steigen die Löhne etwas mehr als die Produktivität, angenommen um zusätzlich 1,9 Prozent, dann steigen auch die Lohnstückkosten um 1,9 Prozent und alle Preise würden im Mittel um diesen Betrag steigen. Das ist die sogenannte **goldene Lohnregel**: die Löhne sollen so steigen wie die Produktivität plus der Zielinflationsrate, die in der Eurozone 1,9 Prozent betragen soll. Wenn alle Länder die Löhne um die jeweils nationale Produktivität plus die gemeinsame Zielinflationsrate der Eurozone steigerten, würde sich die Wettbewerbsfähigkeit der Länder relativ zueinander nicht ändern, man würde relativ zueinander keine Marktanteile verlieren oder gewinnen, jedenfalls nicht wegen unterschiedlicher Lohnstückkosten. Ein gleichgewichtiger Handel erfordert, dass die Länder etwa gleiche Lohnstückkosten haben. Das bezieht sich auf den Durchschnitt, nicht auf die einzelnen Produkte. Vielmehr wird jedes Land bestimmte Produkte günstiger und/oder in besserer Qualität herstellen können und exportieren, jedoch die Dinge und Leistungen importieren, die anderswo günstiger hergestellt werden. Genau dann lohnt sich Handel für beide.

Dynamische Betrachtung: Steigen die Löhne so wie die Produktivität, steigt auch die Nachfrage nach Gütern und Leistungen in gleichem Maße. Steigt die Produktivität um angenommen 2 Prozent, die Preise um 1,9 Prozent, dann würde das BIP nominal um 3,9 Prozent wachsen. Steigen auch die Löhne um nominal 3,9 Prozent, würde die Nachfrageentwicklung genau der gestiegenen Produktion entsprechen, es gäbe weder ein Nachfragedefizit noch eine Produktionslücke. Export und Import stiegen dann ebenfalls proportional. Stiege der Export überproportional, würde das Angebot auf dem Binnenmarkt sinken, die Nachfrage nach Importen dafür steigen, so dass die Import-Export-Handelsbilanz ausgeglichen bliebe.

Nur wenn die Lohnentwicklung von der Produktivitätsentwicklung abweicht, entstehen Export- oder Importüberschüsse: Steigen die Löhne mehr als die Produktivität, muss die zusätzliche Nachfrage durch mehr Importe ausgeglichen werden – Defizit. Steigen die Löhne geringer als die Produktivität, muss ein Teil der Produktion exportiert werden – Überschuss. Oder die Mehrproduktion könnte nicht verkauft werden, was folgend zu einer Reduzierung der Produktion und, wenn es nicht korrigiert würde, in eine Abwärtsspirale aus sinkenden Löhnen, sinkender Produktion und steigender Arbeitslosigkeit führen würde.

Betrachten wir die Daten der Eurozone. Die Abbildungen 5 und 6 zeigen, dass die Lohnstückkosten erheblich differieren, wobei die Differenzen seit Gründung der Eurozone bis zur Krise 2009 immer größer geworden sind. Abb. 5 zeigt die Lohnstückkostenentwicklung Deutschlands, Frankreichs und Italiens im Verhältnis zum Inflationsziel. Die deutsche Lohnentwicklung bleibt dramatisch hinter dem Inflationsziel zurück, Deutschland hat ca. 20 bis 30 Prozent zu geringe Lohnstückkosten, in der EWU ohne Deutschland (Griechenland, Spanien und Italien) waren die Lohnstückkosten zu hoch. Seit 2012 wächst der Abstand zwar nicht mehr, aber er wird auch nicht geringer.



¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in nationaler Währung je Beschäftigten im Verhältnis zu realem Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen; Index 1999 = 100; ²⁾ LstK. Wachstumsraten der Mitgliedsländer gewichtet mit BIP
Quelle: AMECO

Abb. 5: Lohnstückkosten Deutschland und EWU in nationaler Währung in Relation zum Inflationsziel der EZB (Grafik: Makroskop)

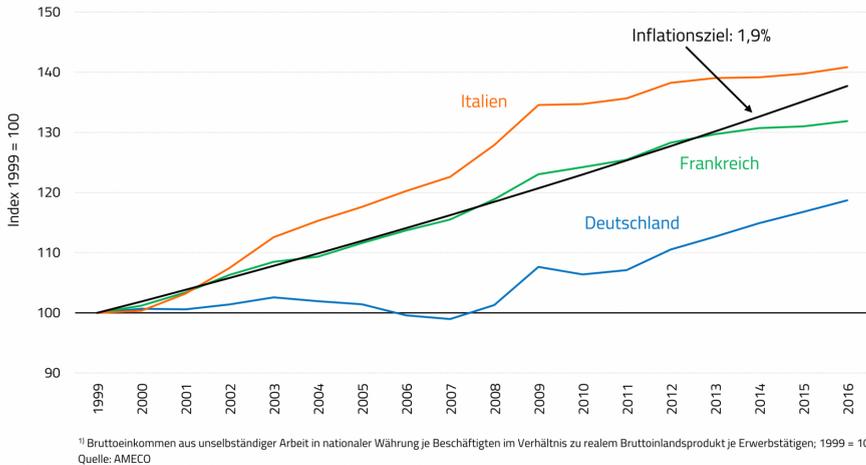


Abb. 6: Lohnstückkosten in Italien, Frankreich, Deutschland in Relation zum Inflationsziel der EZB (Grafik: Makroskop)

Die Lohnentwicklung in Frankreich entsprach bis 2013 fast ideal dem Inflationsziel von 1,9 Prozent, danach weicht sie nach unten ab – eine Folge der zunehmenden Arbeitslosigkeit (Abb. 6). In Italien sind die Löhne bis zur Krise zu stark gestiegen, seither nähern sich die Lohnstückkosten der Zielinflationsrate an. Allerdings können die Handelsbilanzdefizite der Eurozone nicht allein durch Lohnanpassungen in den Defizitländern nach unten abgebaut werden. Nur wenn Deutschland die Überschüsse abgebaut, also Löhne erhöht und mehr importiert, haben die anderen Euroländer eine Chance.

Die französische Lohnentwicklung entsprach der goldenen Lohnregel; das Leistungsbilanzdefizit ist nicht durch überhöhte französische Lohnabschlüsse verursacht, sondern die Kehrseite des deutschen Überschusses. Daher wäre es falsch, das französische Leistungsbilanzdefizit durch Lohnsenkungen abzubauen, wie es derzeit mit „Flexibilisierung“ und „Strukturanpassung“ von Frankreich verlangt und von Präsident Macron angestrebt wird. Das französische Defizit muss durch Anpassung der deutschen Löhne nach oben abgebaut werden. Eine Anpassung der französischen Löhne nach unten, also auf ein Niveau unterhalb der Produktivitätsentwicklung, würde die Eurozone insgesamt in eine deflationäre säkulare Stagnation zwingen (oder sollte man sagen: in der schon gegebenen Krise festhalten).

Dass Deutschland mit einer Politik der Überschüsse durch Lohnzurückhaltung erfolgreich war, bedeutet nicht, dass dies für die gesamte EU funktionieren könnte. Der „Erfolg“ hatte einen Grund, der sich nicht auf die Eurozone übertragen lässt: Die wichtigsten Handelspartner und Importeure deutscher Waren – Frankreich, Italien und andere Euroländer – konnten sich nicht durch Abwertung ihrer Währungen weh-

ren, weil sie in der Euro-Währungsunion gefangen waren. Und sie hatten auch keine eigene Zentralbank, die der deutschen Deflation durch Geldpolitik gegensteuern konnte. China und die USA werden aber eine Ausweitung des deutschen Modells der Handelsbilanzüberschüsse auf die gesamte EU nicht widerstandslos hinnehmen. Entweder werden sie auch ab – womit sich übrigens ein Teil der „ersparten“ deutschen Finanzanlagen durch Wertverlust verflüchtigen würde – oder sie werden mit politischen Mitteln gegen wachsende Handelsbilanzüberschüsse der „deutschen“ EU vorgehen. Werden die geplanten „Reformen“ zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch die derzeitige französische Präsidentschaft erfolgreich umgesetzt, dürfte sich die Abweichung von der Zielinflationsrate nach unten weiter verstärken. Wenn beide großen Volkswirtschaften der Eurozone versuchen, über eine Strategie der Lohnmoderation zu Überschüssen zu kommen, werden die Probleme der anderen Euroländer noch größer – und natürlich der Widerstand der anderen Länder der Weltwirtschaft, vor allem der USA.

Abbildung 7 zeigt die Leistungsbilanzsalden. In Korrespondenz mit Abbildung 6 erkennt man den Zusammenhang zu den Lohnstückkosten: Deutschland mit Lohnstückkosten deutlich unter der Zielinflationsrate hat Überschüsse, die Länder mit Lohnstückkosten, die der Zielinflationsrate entsprechen (Frankreich) oder darüber liegen (Italien, Spanien, Griechenland) haben Defizite. Die Korrektur der Löhne in der Krise führt ab 2011 zu sinkenden Defiziten, ab 2012 haben Italien und Spanien wieder Überschüsse, weil die Importe drastisch sanken (vgl. auch Abb. 2 in Teil I).

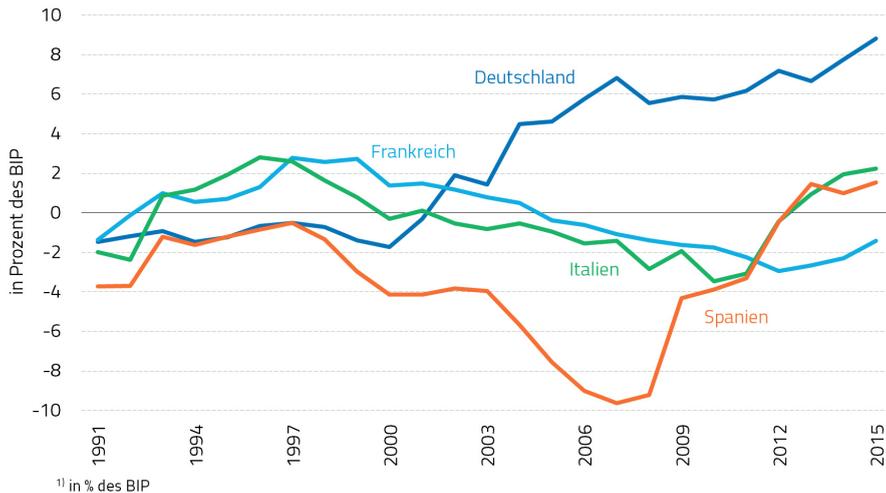


Abb. 7: Leistungsbilanzsalden Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien (Grafik: Makroskop)

Von 1991 bis etwa 2000 waren die Überschüsse und Defizite moderat im Bereich von plus minus 2 bis maximal 4 Prozent des BIP; nicht gerade problemlos, aber erträglich. Nach der Einführung des Euros als gemeinsamer Währung begannen die Leistungsbilanzsalden auseinander zu laufen. Der deutsche Überschuss¹³ stieg fast stetig auf inzwischen über 8 Prozent des BIP. Die Leistungsbilanzsalden der anderen Euroländer sanken bis zur großen Finanzkrise auf Defizite von 4 und mehr, in Spanien auf über 8 Prozent. Seit 2009 gehen die Defizite zurück, und zwar auf Grund drastischer Einschränkung der Importe, was Ausdruck sinkender Einkommen und steigender Arbeitslosigkeit in der Wirtschaftskrise ist. Die Tatsache, dass die Leistungsbilanzdefizite Spaniens, Italiens und Frankreichs sinken, der deutsche Überschuss aber bislang nicht zurückgeht, zeigt, dass es noch keine hinreichende Korrektur der Lohnentwicklung in Deutschland gegeben hat. Zum anderen zeigt diese Entwicklung, dass die EU insgesamt auf dem Weg zu Handelsbilanzüberschüssen gegenüber nicht-Euro-Ländern ist – sichtbar in Abbildung 3 (s. Teil I).

Die oben gezeigten Grafiken dokumentieren, dass es in der Eurozone keine funktionierende Anpassung der Lohnniveaus an das Produktivitätsniveau gibt. Insbesondere ermöglichen die Regeln der Eurozone, dass eine Volkswirtschaft sich über hinter der Produktivität zurückbleibenden Löhne einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen Mitgliedern der Währungsunion verschafft. Nur weil die anderen Euroländer höhere, aber im Fall Frankreichs ökonomisch richtige Lohnstückkosten haben, kann dies funktionieren. Ebenso wenig sind die Regeln umgekehrt geeignet, Abweichungen der Löhne nach oben rechtzeitig einzuschränken. Erst 10 Jahre nach Einführung des Euro wurde klar, dass einige Länder (konkret: Griechenland, Spanien und Italien) zu hohe Löhne hatten.

Einer der Grundfehler ist die fehlende Regulation der Lohnniveaus. Der andere Grundfehler ist, dass zwar das Schuldenmachen zur Finanzierung der Handelsbilanzdefizite begrenzt wird, aber die Kumulation von Finanzanlagen (das Gegenstück zu den Defiziten, der finanzielle Ausdruck der Überschüsse) unbegrenzt ist und sogar als Erfolgsausweis betrachtet wird. Dieser Fehler setzt sich auch formal fort: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sanktioniert Defizite ab 4 Prozent, Überschüsse aber erst ab 6 Prozent, obwohl beides Ausdruck ein und desselben Vorgangs ist. Die ökonomische Fehlkonstruktion setzt sich in der Rechtskonstruktion fort. Damit wird die Anpassungslast falsch auf die Defizitländer gelegt. Diejenigen, die keine Mittel zur Intervention haben, sollen sich durch Schrumpfen anpassen; diejenigen, die die Mittel hätten um Löhne, Ausgaben und Investitionen zu erhöhen, also ihren sachlichen Reichtum statt des Geldvermögens zu vergrößern, sind nicht dazu angehalten.

Halten wir fest: Verschiedene Volkswirtschaften haben unterschiedliche Produktivitäts-, aber auch unterschiedliche Lohnniveaus. Zwischen Handel treibenden Volkswirtschaften gleichen sich Produktivitätsunterschiede normalerweise durch die Anpassung der Lohnniveaus aus. Wenn die Löhne der goldenen Lohnregel entsprechen, dann entstehen keine größeren Überschüsse oder Defizite.

Der oben beschriebene Wechselkursmechanismus entspricht in seiner Wirkungsweise dem Ausgleich durch Anpassung der Lohnniveaus, denn die Veränderung der nominalen Wechselkurse ändert die realen Wechselkurse so, dass die Reallohndiffe-

renzen den Produktivitätsdifferenzen entsprechen. In dem Land, das aufwertet, steigen die Lohnstückkosten und die Reallöhne, in dem Land das abwertet sinken sie. Dadurch werden Abweichungen der Löhne von der Produktivität korrigiert und Überschüsse bzw. Defizite in den Handelsbilanzen gehen zurück.

Da es in der Eurozone keinen Wechselkursmechanismus gibt, können divergente Entwicklungen der Lohnstückkosten nur vermieden werden, wenn die Löhne von vornherein der Produktivitätsentwicklung – der goldenen Lohnregel – entsprechen. Dies muss nicht in jedem Jahr und sehr genau geschehen, sollte sich aber über einen Zeitraum von einigen Jahren immer wieder ausgleichen. Abweichungen dürften sich nicht kumulativ verstärken, was aber seit 1998 der Fall war.

Das bedeutet, dass es eine Abstimmung der Regierungen und der Tarifpartner über die Lohnentwicklung geben müsste – und eine politische Notfall-Interventionsmöglichkeit, wenn sich erhebliche Divergenzen in der Lohnstückkostenentwicklung zeigten. Wenn die Tarifpartner keine Vereinbarungen erreichen, die eine den jeweiligen nationalen Produktivitätsentwicklungen entsprechende Entwicklung der nationalen Lohnniveaus gewährleisten, müssen politische Vorgaben und Eingriffe möglich sein. Dabei gilt es nicht nur, überschießende, zu hohe Lohnabschlüsse zu verhindern, sondern genauso, hinter der Produktivität zurückbleibende Löhne anzuheben. Ein wichtiger Punkt: Deutschland müsste über mehrere Jahre überproportionale Lohnsteigerungen akzeptieren, damit die anderen Länder die Chance haben, den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit wieder aufzuholen und sich in der Eurozone insgesamt wieder eine konvergente Lohnstückkostenentwicklung entlang der Zielinflationsrate einpendeln kann.

Die Regulation der Lohnentwicklung hat drei mächtige Gegner: die deutsche Exportwirtschaft, die den Wettbewerbsvorteil durch den Rückstand der Löhne und möglichst weiter hinter der Produktivität zurückbleibende Löhne nicht aufgeben will; die Finanzmärkte, die Geschäfte mit der Finanzierung von Überschüssen und Defiziten machen; und die Regierung, die am Gängelband der Export- und Finanzwirtschaft und der neoliberalen Wirtschaftsberater hängt – unterstützt von den Medien, die mehrheitlich ebenfalls den neoliberalen Diskurs stützen. Sie alle propagieren Lohnzurückhaltung und Austerität als die Mittel der Wahl und wollen die Eurozone gesund schrumpfen statt sie durch steigende Löhne und Investitionen zu entwickeln. Deshalb stehen die Chancen nicht besonders gut für eine Lohnregulierung, die mit den Funktionsbedingungen einer Währungsunion kompatibel wäre. Keine Partei in Deutschland verfolgt eine derartige Strategie.

RAINER LAND Dr. sc. oec. (Jg. 1952), studierte Philosophie und Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1992 ist er Redakteur der Zeitschrift Berliner Debatte Initial. Seit den 1980er Jahren arbeitet er an »Bausteinen zu einer evolutorischen Theorie der Moderne«. Seit 2000 ist er in diversen empirischen und theoretischen Projekten am selbst gegründeten Thünen-Institut e.V. in Bollewick tätig.

Literatur

Das Literaturverzeichnis finden sich in Teil I des Beitrags in vorgänge Nr. 220, S. 63 ff.

Datenquellen

Abb. 4: Daten von Eurostat, <http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database> (zugriffen 31. Oktober 2017), eigene Grafiken

Abb. 5, 6 und 7: Daten von Statista 2017, <https://de.statista.com/>; Grafik Makroskop

Anmerkungen:

- 8 Sicherheitshalber merke ich an, dass es sich hier um *die gesamtwirtschaftliche Produktivität* einer Volkswirtschaft oder einer Region handelt, gemessen in Produktionswert bzw. Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Arbeitsstunde oder pro Beschäftigten, in einigen Fällen auch pro Einwohner. Dies ist zu unterscheiden von technischen Produktivitätskennziffern (Menge an Produkten in Stück pro Arbeitsstunde), betriebswirtschaftlichen oder branchenbezogenen (Produktionswert pro Stunde in einem Unternehmen oder einer Branche). In jeder modernen Volkswirtschaft steigt die *technologische* Produktivität notwendigerweise in einigen Branchen überdurchschnittlich (innovative neue Industrien), in einigen unterdurchschnittlich (alte, traditionelle oder lokale Industrien mit geringem Innovationspotenzial) und in einigen sachbedingt gar nicht (Lehrer, Ärzte, viele personenbezogene Dienstleistungen. Ein Arzt, Lehrer, Friseur oder Wahrsager kann die Zahl seiner Klienten pro Stunde nicht wesentlich erhöhen, ohne die Qualität seiner Dienstleistung zu mindern). Damit diese Branchen an der durchschnittlichen Produktivitäts- und Einkommensentwicklung der *Volkswirtschaft* teilhaben, müssen die Preise für die Produkte und Leistungen in Branchen mit unterdurchschnittlicher Produktivitätsentwicklung überdurchschnittlich steigen, während sie in innovativen Branchen sinken oder unterdurchschnittlich steigen. Durch diesen systemischen Mechanismus werden die unvermeidbaren technischen Produktivitätsdifferenzen zwischen Branchen ausgeglichen, so dass bei einem funktionierenden System der Preis- und Lohnregulation theoretisch alle in gleichem Maße an der volkswirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung teilhaben. Eine Konsequenz dieses marktwirtschaftlichen Ausgleichs ist, dass die Inflationsrate in der Regel nicht Null sein kann, sondern in der Nähe der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung liegen sollte.
- 9 Wir sehen von Sonderkonstellationen wie Irland oder Luxemburg ab.
- 10 Die Alternative zu Transfers wäre, dass sich die Haushalte der Defizitregionen zunehmend verschulden, während die der Überschussregionen Geldvermögen anhäufen – eine Alternative, die innerhalb einer Volkswirtschaft nur sehr eingeschränkt besteht, weil eine Region nicht über das Mittel der Kreditschöpfung verfügt, keine eigene Währung hat. Auch regionale Banken werden Kunden in Defizitregionen keine hohen und unbefristeten Kredite gewähren, weil sie nicht damit rechnen können, dass diese die Kredite zurückzahlen können. Um Kredite zu tilgen und zu verzinsen, benötigt man nämlich Überschüsse.
- 11 Keynes Vorschlag sah eine andere Verteilung der Anpassungslasten vor – hier sollten die prosperierenden Überschussländer in einen Fonds einzahlen, mit dem Währungsinterventionen auf multinationaler Ebene ermöglicht wurden. Der Vorschlag wurde aber von den USA abgelehnt. „Wie Keynes 1941 sagte, trifft bei festen Wechselkursen „... die Last der Anpassung das Land, das in der internationalen Zahlungsbilanz in der Position des Schuldners ist – das heißt, das (in diesem Zusammenhang) das schwächere und dazu auch noch das kleinere ist im Vergleich zur Gegenseite,

die (in dem Fall) der Rest der Welt ist.' [Keynes 1980: 279]". Zit nach Varoufakis 2016 Kindle Pos. 5699-5702, Fußnote 22. Vgl. auch Pos 428, 499, 548, 2265, 5022, 5298.

- 12 Zwar gibt es innerhalb der EU Arbeitnehmerfreizügigkeit, aber abgesehen vom Billiglohnsektor und einigen speziellen Branchen ist die Arbeitsmigration schwach und bei Weitem nicht hinreichend, um die Lohn- und Einkommensniveaus anzugleichen. Sprachbarrieren und kulturelle Unterschiede verhindern Wanderung in Größenordnungen, wie sie z.B. für die USA typisch sind. Man darf angesichts der ökologischen Zukunftsfragen auch bezweifeln, ob die mit der Herstellung eines einheitlichen europäischen Arbeitsmarkts verbundene Mobilität von Portugal bis Bulgarien und Sizilien bis Norwegen wirklich wirtschaftlich wünschenswert und lebensweltlich sinnvoll ist.
- 13 Der Exportanteil beträgt 46 Prozent des BIP (2016), das wäre kein Problem, wenn der Importanteil genauso hoch wäre. Der beträgt aber nur 38 Prozent des BIP.